

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbedkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65

Schachts Rücktritt.

Als Protest gegen den Young-Plan, den er mitgeschaffen hat.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab gestern dem Zentralauschuss der Reichsbank bekannt, dass er die erforderlichen Schritte getan habe, um eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages herbeizuführen.

Dr. Schacht hatte am Montag an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen von seinem bevorstehenden Schritt benachrichtigte.

Mit dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, den wir in einem Teil unserer Abendausgabe bereits meldeten, ist zunächst eine Forderung erfüllt, die an dieser Stelle schon seit mehreren Wochen wiederholt erhoben wurde.

Der Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer hat gestern im Reichstag betont, dass die Regierung auf Schacht keinen Druck in der Richtung zum Rücktritt ausgeübt, ja sogar ihn zu halten versucht hätte.

Wenn nun auch die Regierung, wie das aus Mollenhauers Rede hervorgeht, diesen Rücktritt mit einem meinentlichen und einem lachenden Auge betrachtet, so muß doch ausgesprochen werden, dass diese Kreise das Verschwinden Schachts von der Spitze der Reichsbank als eine Erleichterung empfinden.

Herr Schacht läßt verlautbaren, dass der Grund zu seinem Entschluß in seiner Auffassung zum Haager Schlussprotokoll liegt. Damit legt er sich in Widerspruch zu seiner noch im Haag selbst abgegebenen Erklärung, er werde sich als Staatsbürger dem Befehl fügen, das ihn als Reichsbankpräsidenten zur Teilnahme an den Arbeiten der Reparationsbank verpflichtete.

So in selbstgeschaffene Widersprüche verstrickt hat man aber den Reichsbankpräsidenten immer gesehen, wo er sich auf das Gebiet der Politik verirrt. Er hat im Frühjahr des vergangenen Jahres die Pariser Sachverständigenkonferenz durch seine politischen Entapaden beinahe zum Aufstiegen gebracht.

Was im Haag über das Pariser Ergebnis hinaus zu gestanden werden mußte, ist im Verhältnis zu den Pariser Riesenziffern unerheblich. Zum Teil erklären sich diese Zugeständnisse aus den Unterlassungen des Herrn Schacht selber.

vorigen Jahres richtete er an den Pariser Vertreter Morgans, De Sanchez, ein Schreiben, in dem er die Teilnahme des Reichsbankdirektoriums an der Baseler Reparationsbank in Frage stellte.

Nicht minder effektiv gestaltete sich das Eingreifen Schachts in die innere Politik, besonders die Finanzpolitik, das zum Rücktritt Hilferdings führte. In seinem Memorandum von Anfang Dezember vorigen Jahres erhob er die Forderung nach Senkung der Lasten für die Wirtschaft, um bald darauf durch die Forderung der Tilgung von 450 Millionen Mark Schulden neue Steuern zu erzwingen.

Aus diesen und anderen Gründen — man denke nur an die Kreditperre für die öffentliche Hand, von der an anderer Stelle ausführlich die Rede ist — war Herr Schacht an der Spitze der Reichsbank eine Gefahr geworden.

Erklärung Mollenhauers.

Keinerlei PreSSION auf Schacht.

In der gestrigen Reichstagsitzung sagte Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer in Erwiderung auf die Rede des deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Reichert:

Es ist auch nicht richtig, daß die Reichsbank weniger unabhängig sein wird als bisher. Die Reichsregierung hat sich im Haag für die volle Aufrechterhaltung dieser Unabhängigkeit eingesetzt und sie ist auch erhalten geblieben.

auf den Reichsbankpräsidenten von der Reichsregierung nicht der geringste Druck ausgeübt worden ist, seinen Rücktritt zu erklären.

Gerade ich, der in den letzten Monaten alle die Verhandlungen mit Herrn Dr. Schacht geführt hat und der ich zu ihm in einem freundschaftlichen Verhältnis stehe, glaube wohl bezugt zu sein, diese Erklärung abzugeben. Bis zum letzten Augenblick habe ich den Herrn Reichsbankpräsidenten gebeten, auf seinem Posten zu bleiben, weil ich ihn als eine für diese Aufgabe durchaus geeignete Persönlichkeit angesehen habe.

hat den Beweis dafür geliefert, daß die Unabhängigkeit der Reichsbank von der Reichsgewalt einer gewissen Einschränkung bedarf, wenn sie nicht zu einer Willkürherrschaft des Reichsbankpräsidenten über den Staat ausarten soll.

Das Verhängende an diesem Coup ist, daß er der letzte ist, den Herr Schacht als Reichsbankpräsident ausführen kann. Hoffentlich wenigstens! Denn Herr Schacht will bleiben, bis die Entscheidung über den Nachfolger vollzogen ist.

Herr Schacht scheidet aus seinem Amt zur Befriedigung jener Kreise, die ihm seinerzeit als dem Gegenkandidaten Helfferichs zu ihm verholten hatten. Wenn er sich jetzt, wie es heißt, ansieht, eine politische Rolle zu spielen, so wird er sich bemühen müssen, Anschluss an jene Rechtskreise zu finden, die ihn bis jetzt aus naheliegenden Gründen für nicht genug zuverlässig halten.

Erklärung Mollenhauers.

auch wenn der Reichsbankpräsident eine sehr unbecommene Persönlichkeit ist und in der Öffentlichkeit eine politische Rolle spielt, die nach meiner Überzeugung zu spielen nicht seine Aufgabe ist.

(Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Aus der Erkenntnis, daß er in einen Konflikt kommt zwischen seiner persönlichen Auffassung und der Stellung seines Amtes, hat er die Konsequenz gezogen, zurückzutreten. Ich bedaure das, aber er wählt diesen Weg, ohne die Reichsbank zu schädigen.

Auf Zurufe der Kommunisten, daß Schacht eine Abfindung von 2 1/2 Millionen Mark bekomme, erklärt der Reichsfinanzminister: Dem Reichsbankpräsidenten ist eine Abfindungssumme in irgend welcher Höhe meines Wissens nicht zugesichert.

im Fall seines Rücktritts lediglich eine Pension von 30 000 M. bekommt. (Rufe der Kommunisten: Warum wird das Reichsbankstatut geheim gehalten?) Wahrscheinlich, ein Kommunist kann mehr fragen, als zehn Minister beantworten können.

Abg. Dr. Emminger (Bayer. Wp.) äußert zahlreiche scharfe Bedenken gegen den Young-Plan. Die bisher geleisteten Zahlungen werden im neuen Plan gar nicht berücksichtigt, auch die deutsche Leistungsfähigkeit nicht.

Pechaur feinerzeit als Folgen einer Annahme des Londoner Ultimatum prophezeit hat.

Die mit Geschicklichkeit und Bemannst unvereinbaren Forderungen beruhen auf der Kriegsschuldfrage, und die Regierung hätte ihr schon mehr Augenmerk zuzuwenden sollen.

Das in der Erregung des Krieges gesprochene heftigste Wort von dem Kriegsgewicht der Kriegeslasten, das die anderen tragen müßten, sollte man nicht jetzt hier gegen einander ausprechen, und es ist auch durch die Friedensresolution des Reichstags vom 12. Juli 1917 torrigiert worden. Die Außenpolitik der letzten zehn Jahre war größtenteils zwangsläufig, das so zum Young-Plan ist auch erzwungen. Der Reichstag hat meistens die Verantwortung der Regierung überlassen. Reichskanzler Luther hat in Frankfurt erklärt, daß wir mit den Rückwirkungen von Locarno betrogen wurden. Schacht soll zur Ablehnung in Paris entschlossen gewesen, zur Zustimmung aber von der Regierung gedrängt worden sein. Bei der zweiten Haager Konferenz war die Regierung schon Sklavinnen ihrer Nachgiebigkeit. Der Redner schließt, indem er sich der Zentrumsforderung anschließt: Erst Finanzsanierung, dann Young-Plan! Aber keine Finanzsanierung zum Nachteil der Länder. Wir werden uns erst nach der Kanzlerrede in der 3. Lesung entscheiden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Spöhl (Chrnl. Recht.): Die Arbeit unserer Sachverständigen in Paris, die von der Reichsregierung ernannt waren, ist schwer geschädigt worden durch die Kritik, an der sich hier auch die größte Regierungspartei beteiligte. Die Finanzpolitik der letzten Monate ist unendlich ein großer Schwindel. Erst versprach man der Wirtschaft 700 Millionen Steuererleichterung, und jetzt — gewaltige Steuererhöhung. Moldenhauer mag sein Versprechen ernst meinen, aber keine Regierung kann wissen, wie lange sie im Amt bleibt und ob sie den gegebenen Wechsel einlösen kann.

Den Polenvertrag will man durchpeilsen, um den Handelsvertrag in der einseitigen Interesse der Exportindustrie zu bekommen, der sogar die Einfuhr lebender Schweine gestattet, was der Ruin der ostdeutschen Landwirtschaft wäre.

(Aufe rechts: Schweinerei) Geheimgehalten hat man diesen Vertrag, um den Reichstag wieder einmal zu überlisteln; erst durch den „Vorwärts“ hat man den Inhalt erfahren. Wir beantragen Aufschub der Erledigung des Polenabkommens bis zum Handelsvertrag. Die Polen werden weiter enteignen, der Versuch ist zum Erfolg deutschen Staatsangehörigen besetzt diesen Rechtsbruch Polens. Der Polenvertrag ist eine Preisgabe des deutschen Ostens. Wir lassen uns nicht Sand in die Augen streuen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Feder (Natf.) zitiert Äußerungen von Otto Braun und Otto Wels, die an der Aufbringungsmaßnahme der Reparation zweifeln, ebenso wie Schacht und Dr. Wögl, dessen Amtsunterlegung als Sachverständiger bezeichnend war. Stresemann hat von Silberstreifen gesprochen, wie aber sieht das Reich da! Genosse Seeger hat in seiner berichtigten Rede die 2-Milliarden-Mark als durchaus diskutabel bezeichnet. Genosse Seeger hat die Reparation als berechtigt erklärt und hinzugefügt, Landeserrat sei für die SPD ein Ehrenamt, Genosse Krawinkel hat Aufnahme der deutschen Schuld an Kriege in die Verträge gefordert, Genosse Neufeld den Versailles Frieden als deutsches Reichsgesetz bezeichnet, das man befolgen müsse. Nun, Sie (zu den Soz.) werden bald vom Staatsgerichtshof des Volksrates zum Tode verurteilt werden. In diesem hohen Haus mit dem niedrigen Niveau hält keine Partei den Young-Plan für erfüllbar; nur ein Lump verspricht mehr, als er halten kann. (Sehr wahr! rechts.) Durch das geniale Eingreifen des Dr. Wirth ist den nachlässigen Franzosen das Recht zu neuen Sanktionen gegeben worden.

Die Weiterberatung wird auf heute, Sonnabend, 10 Uhr, vertagt. In persönlichen Bemerkungen streifen Dr. Reichert (Dnt.) und Dr. Koch-Weser (Dem.) über den Sinn einer Bemerkung Dr. Dernburgs (Dem.) in der vertraulichen Ausschüßberatung. Dernburg hat dort gesagt, daß man die ohnehin schon schwer belastete jetzige Generation nicht allein mit der ganzen Reparationslast belasten dürfe, was Reichert dahin ausgemünzt habe, daß Dernburg die nachfolgende Jugend belastet zu sehen wünsche. Die Erklärung Reicherts, diese Darstellung in der Revision ausmerzen zu wollen, bezeichnet noch als außerordentlich hässlich. Reichert beruft sich darauf, daß seine Deutung dem vom Oberregierungsrat Rablauer hergestellten Pressebericht entnommen sei, und zwar der Fassung in der „Berliner Börsenzeitung“. Rablauer lege seinen Bericht gewöhnlich dem Ausschüßbericht vor der Weitergabe an die Presse vor. Heilige Juris die Banken verweisen darauf, daß Dernburg doch nicht für das verantwortlich sei, was andere, etwa die Redaktion der „Berliner Börsenzeitung“, aus seinen Worten machen. (Dernburg ist verreist.)

Abg. Seeger (Natf.) erwidert, die schon erwähnten Mit-Anträge seiner Fraktion mit der Weiterberatung zu verbinden. — Dagegen wird Einspruch erhoben, bei der Abstimmung erhebt sich die ganze Rechte, sogar Teile des Zentrums und der Demokraten für die Verbindung; Präsident Löbe hat vorher darauf aufmerksam gemacht, daß über den Inhalt der Anträge natürlich erst am Schluß der Beratung entschieden wird. Schluß der Sitzung gegen 20 Uhr.

Wer wird Nachfolger?

Die Neuwahl des Reichsbankpräsidenten.

Es ist selbstverständlich, daß sofort mit Schachts Rücktritt überall in der Welt die Leute den Kopf über den Nachfolger zusammenstecken. Ebenso selbstverständlich, daß sich dabei eine verhältnismäßig lange Liste ergibt, was schließlich beweist, daß man für die Befetzung des Reichsbankpräsidentenpostens bei weitem nichts in Verlegenheit ist, wie die oft gehörte Behauptung von der Unentbehrlichkeit Schachts es vermuten ließ.

Am nächsten liegt natürlich der Name des Vizepräsidenten der Reichsbank, Dr. Drease, weil es am bequemsten ist. Aber von der Reichsbankbürokratie dürfte nach den bisherigen Erfahrungen kaum jemand genug halten. Ernsthaften Klang haben schon die Namen des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg in Reichswirtschaftsministerium, der vor allem international großes Vertrauen genießt und in seinen Stellungen bisher nur sehr sachlich und dabei erfolgreich gearbeitet hat, dann der Name des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Bergmann, der Deutschland bei Verhandlungen mit den Alliierten mehrfach vertreten hat, ferner der Name des Hamburger Bankiers Melchior, der mit Schacht Sachverständiger in Paris war, schließlich der Name des tüchtigen preußischen Finanzministers Hoepfer-Wischoff. Daß Dr. Luther nicht fehlt in der Reihe, ist selbstverständlich; er soll sogar, wie man hört, der Honorat des schweren Bank- und Industriekapitals sein, also der starke Mann, den diese Kreise wollen. Diese Liste wird sich natürlich noch Bedarf nach vergrößern.

Freilich hängt die Wahl des Reichsbankpräsidenten auch von gesetzlichen Faktoren ab. Fraglich und eine ernste Streitfrage ist es, ob der neue Reichsbankpräsident nach dem alten oder nach dem jetzt vom Reichstag erst zu beschließenden Bankgesetz zu wählen sein wird. Dr. Schacht scheint der letzteren Meinung zu sein, da er erklärt, so lange im Amt verbleiben zu wollen, bis eine Entscheidung getroffen werden „kann“. Nach dem alten Gesetz müßten auch die sieben ausländischen Mitglieder des vierzehnköpfigen Generalrats den neuen Präsidenten noch mitwählen. Das wäre allerdings eine ziemlich widerspruchsvolle Sache. Der vom alten Generalrat zu wählende Präsident braucht mindestens eine Mehrheit von neun Stimmen, unter denen mindestens wieder sechs deutsche Generalratsmitglieder — außer Schacht also sämtliche deutschen — sein müssen. Der Reichspräsident hätte ein zweimaliges Widerspruchsrecht. Das neue Bankgesetz sieht einen zehnköpfigen Generalrat vor, dessen acht, neuntes und zehntes Mitglied nach dem im

Heute Parteiführerbefprechung.

Die Einigung noch nicht zu sehen.

Am Sonnabendvormittag wird unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung der Parteiführer über die Finanzvorläufe der Reichsregierung stattfinden. Nachdem die Deutsche Volkspartei am Donnerstag nur durch die Rücktrittsdrohung des Finanzministers Dr. Moldenhauer daran verhindert wurde, einen die Vorschläge der Regierung völlig abzulehnen, wird man in dieser Sitzung kaum mit großen Hoffnungen entgegensehen können. Die Deutsche Volkspartei ist durch ihre Propaganda für Steuererleichterung zum Gesangenen der eigenen Demagogie geworden. Und obwohl alle Einsichtigen verstehen, daß die Sanierung der Reichsfinanzen und der Reichstasse die Voraussetzung für künftige Steuererleichterungen ist, lehnt die Mehrheit der Volkspartei-tlichen Reichstagsfraktion die Mitarbeit an dieser Aufgabe ab!

Infolgedessen dürfte auch der Sonnabend keine Klärung der politischen Lage bringen, zumal auch unter den anderen Regierungsparteien irgendeine Verständigung über die Vorschläge der Reichsregierung nicht erfolgt ist. In der Sozialdemokratie bestehen gegen einzelne Teile der Regierungsvorschläge nach wie vor die stärksten Bedenken. Mehr noch gilt das von der Grundbesitzer zur Festlegung auf künftige Beschränkung der Ausgaben und Senkung der Steuer.

Ob unter diesen Umständen am Montag und Dienstag die endgültigen Abstimmungen über den Young-Plan vor sich gehen können, ist sehr zweifelhaft.

Das Zentrum hat in seiner gestrigen Fraktionsitzung beschlossen, sich auch bei der Abstimmung in der zweiten Lesung der Stimme zu enthalten, wenn nicht vorher die Einigkeit über die Etatfinanzierung erfolgt sei.

„Wirtschaft“ und Finanzprogramm.

Eine Resolution gegen Moldenhauer.

Unabhängig der Veröffentlichung des Finanz- und Steuerprogramms der Reichsregierung sind die Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft zu einer Besprechung zusammengetreten. Als Ergebnis der Aussprache wurde beschlossen, der Reichsregierung und den Koalitionsparteien zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Programm nicht den Notwendigkeiten einer auf Belebung der Wirtschaft und Milderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik entspreche. Die Spitzenverbände halten nach wie vor an dem von ihnen seit langem vertretenen Vorschlägen fest, deren Verwirklichung unverzüglich in Angriff genommen werden müssen.

Es ist kaum noch verwunderlich, daß Herr Moldenhauer von „der Wirtschaft“ noch besonders desaporiert wird. Aber wozu die Resolution überhaupt? Sollen die Spitzenverbände der Arbeiterschaft auch schnell Resolutionen an Regierung und Reichstag senden? Das kann sehr leicht geschehen. . .

Zugleich noch vorgeesehenen Reoppressionsrecht noch zu bestimmen wären. Soll nach dem neuen Gesetz gewählt werden, so müßte diese Ergänzung des Generalrats erst erfolgen. Von diesen zehn Mitgliedern braucht der neue Präsident eine Mehrheit von acht und die unbedingte Bestätigung durch den Reichspräsidenten. Dabei muß der Generalrat vor der Wahl des Präsidenten das Reichsbankdirektorium über den Kandidaten hören. Für die Ergänzung der drei nach fehlenden Generalratsmitglieder ist eine Fühlungnahme mit der Reichsregierung notwendig.

Ein Schacht-Interview.

„Die Mark bleibt stabil!“ — sagt Schacht.

Der Vertreter der New-Yorker „Times“ hatte gestern eine Unterredung mit Dr. Schacht, in der er an den scheidenden Reichsbankpräsidenten die Frage richtete:

„Glauben Sie, daß die Währung durch den Young-Plan gefährdet werden könnte?“

Dr. Schacht erwiderte: „Ueber die Stabilität der Mark kann kein Zweifel bestehen.“

Wirtschaftspartei natürlich für Schacht.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat mit großer Bestürzung Kenntnis davon genommen, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten wollen. Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft und unseres Vaterlandes überhaupt, bittet die Fraktion Sie dringend, auf Ihrem Posten zu verbleiben.“

Wahrscheinlich werden auch die Nationalsozialisten und die geringe Hugenberg-Partei eine ähnliche Erklärung abgeben. Daß die Reichstagsopposition für Schacht sich einsetzt, gibt natürlich den Hoffnungen, die sie sich von dem Politiker Schacht macht. Soll man dem Deutschen Reich zu diesem Vertrauensvotum gratulieren?

Die Gehälter bei der Reichsbank.

Auch jetzt werden noch keine Zahlen genannt.

Der zurückgetretene Reichsbankpräsident hat es doch für nötig gehalten, in der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank zur Beruhigung der Gemüter über die in der Reichsbank gezahlten Gehälter folgende Erklärung abzugeben:

„Von Zeit zu Zeit gehen häufig aus der Luft gegriffene Nachrichten über die angebliche Höhe der Dienstbezüge und über Verbindungen der Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums durch die Presse, die neugierig sogar zu Untertönen im Parlament geführt haben. Es war bisher nicht üblich, Einzelheiten privater Anstellungsverträge zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen; das Reichsbankdirektorium hat jedoch in vertraulichen Besprechungen in den Ausschüssen des Reichsrats die genauen Ziffern aller Dienstbezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums genannt und wünscht hier öffentlich zu erklären, daß die in der Presse genannten Ziffern meistens übertrieben sind. Entsprechend den Bestimmungen des Bankgesetzes werden die dienstlichen Bezüge für Präsident und Mitglieder des Reichsbankdirektoriums vom Generalrat der Reichsbank festgelegt, der für sich das Vertrauen beanspruchen kann, daß er dabei nach angemessenen Maßstäben verfährt. Verbindungen beim Ausscheiden aus

Der Nachtrag für 1929.

Beratung des Haushaltsausschusses.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt begann in seiner Sitzung vom Freitag die diesjährige Etatsberatung mit der Durchprüfung des Nachtragshaushalts für 1929. Beim Etat des Reichstags wurde lebhafteste Klage darüber geführt, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft einer Herabsetzung der Pauschalentschädigung für die Befahrt der Mitglieder des Reichstags bisher nicht zugestimmt habe. Es soll bis zur Beratung des Hauptetats für 1930 ermogt werden, ob man nicht in irgendeiner Form eine Nachweisung der Fahrten der Reichstagsmitglieder einführen könnte, um auf solche Weise eine Unterlage für die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Forderung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu erlangen.

Auf eine Anfrage des Präsidenten des Reichstags erklärte der Ausschuß sich damit einverstanden, daß das jetzt in das Eigentum des Reiches übergegangene Haus am Platz der Republik, in dem sich bisher die Japanische Botschaft befunden hatte, der durch freien Künstlervereinigung für Ausstellungszwecke auf ein Jahr kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes sind einige Herabsetzungen früherer Ansätze vorgesehen. Genosse Heinig erbat Klärung, ob es sich hierbei um echte Ersparnisse handle, oder ob man beim Hauptetat für 1930 wieder mit entsprechenden Herabsetzungen zu rechnen haben werde. Ministerialdirektor Dr. Schaefer der vom Auswärtigen Amt führte aus, daß unter den Ersparnissen selbstverständlich lebenswichtige dienstliche Interessen des Amtes nicht leiden dürften. Das Auswärtige Amt sei aber auch bei der Aufstellung des Hauptetats für 1930 mit größter Sparmaßnahme vorgegangen, so daß der Voranschlag für 1930 sich niedriger stelle als die Ausgaben des laufenden Jahres. Im laufenden Jahre habe man jetzt im großen und ganzen die Sollausgaben mit den Istausgaben in Einklang gebracht.

Kabinett beschließt Weingeseh.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf eines Weingesehes, der unverzüglich dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugewiesen wird. Der Gesetzentwurf enthält eine Vorschrift, wonach das Verschmelzen von deutschem Weismehl mit ausländischen Erzeugnissen verboten ist.

Das Reichskabinett beschäftigte sich sodann mit einem Bericht, den der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über die Möglichkeiten, den Getreidemarkt, insbesondere den Roggenmarkt zu heben, erstattet hatte. Eine Anzahl Vorschläge wurden grundsätzlich gebilligt und der Minister zu weiteren Verhandlungen ermächtigt.

Ferner beschloß das Reichskabinett, sich an der vom Volkshund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ am 16. März 12 Uhr, im Reichstag stattfindenden Gedenkstunde für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Veranstaltung einen überparteilichen Charakter trägt.

dem Dienst werden weder an den Präsidenten noch an die Mitglieder gezahlt. Für die Tätigkeit des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Golddiskontbank werden Vergütungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art nicht gewährt.

Wir begrüssen es, daß diese Erklärung abgegeben worden ist. Wir sehen aber noch wie vor keinen Grund ein, weshalb für die der Sache nach durchaus öffentlichen Posten des Reichsbankpräsidenten und der Reichsbankdirektoren die Gehälter und Pensionen zahlenmäßig unbetamt bleiben sollen im Gegensatz zu allen übrigen öffentlichen Gehältern. Solange diese Geheimtuerst fortbesteht, nimmt die Öffentlichkeit mit Recht an, daß die bisherige Kritik grundsätzlich berechtigt ist.

Was ist mit Moskau?

Demokratische Anfrage im Reichstag.

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„Nach unmissverständlich gebliebenen Aussagen hat das mit der russischen Sowjetregierung aufs engste verknüpfte Volkskomitee der Komintern kürzlich nach eingehenden Verhandlungen unter anderem mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Thälmann beschlossen, die kommunistische Bewegung in Deutschland mit allen Mitteln zu unterstützen und die revolutionäre Bewegung in jeder Weise zu fördern.“

Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung einzuleiten, um gemäß dem Vertrag von Rapallo die Einstellung russischer Stellen in die deutsche Politik zu verhindern, wobei eine Unterscheidung zwischen den Komintern und der russischen Regierung infolge der engen Verknüpfung zwischen beiden nicht anzuerkennen ist.“

Moskauer Radiogroßwandel.

Um die aufheuerliche und immer unnötige, blutige Opfer fordernde Tätigkeit der Sowjetagenten im Auslande zu rechtfertigen, erzählte ein Herr vom Krem am Donnerstagabend im Moskauer Rundfunk von — schrecklicher Unterdrückung des Proletariats in Deutschland. Das Proletariat erhebt sich jetzt zum letzten Kampf, rief er, und erzählte Stundenlang von der — herrlichen ökonomischen Lage in der Sowjetunion. Dann begann er die „revolutionären Hungermärsche“ in der ganzen Welt zu beschreiben. Es war komisch, in Berlin am Radio die Berliner Krawalle aus Moskau geschickt zu hören, natürlich im Stil der Frontberichte von Timo dazumal. Ueber jeden verwendeten Begriffen wurde mit größter Banalität erzählt, das kommunistische Proletariat zu einem Aienflieg des Berliner Proletariats über Jögerebels Schöblinge gestempelt! Das Berliner Proletariat erstarnte mit seinen Köpfen die Straßen, lächelte es aus Moskau, die Polizei zitierte den Marxschritt der Kolonnen. So wird das hungerrnde Ausland belogen.

Blutiger Kommunistenunfug auch in Stockh'm.

Stockholm, 7. März. (Eigenbericht.)

In Stockholm kam es anlässlich einer kommunistischen Demonstration zu heftigen Zusammenstößen mit Polizei, als die Kommunisten versuchten, das hiesige Gewerkschaftshaus zu plündern. Mehrere Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Börse schon wieder beruhigt.

Von der Frankfurter Abendbörse wird gemeldet, daß die Aktienkurse schon wieder nicht unerheblich angezogen haben, da man allgemein die Reichsbankkrise viel ruhiger auffaßt als am Mittwoch, als die Nachricht von Schöchls Rücktritt wie eine Bombe auf der Börse platzte. Die Berliner Nachbörse war noch etwas nervös, die Kurse bröckelten teilweise noch etwas ab, aber das Ausmaß der Kursenkung hat sich auch in Berlin gegen Mittag kaum noch mehr vergrößert.

Zinsenkung der Banken.

Die Berliner Stempelervereinigung, das sind die Berliner Großbanken und die großen Privatbanken, haben beschloffen, entsprechend der Diskontosenkung die Zinsen für gewährte und zukünftige Kredite ebenfalls um ein halbes Prozent zu senken. Eine gewisse Ueberraschung bedeutet die Tatsache, daß die sogenannten Habenzinsen — vorzugsweise Zinsen auf Einlagen — bei den kurzfristigen Einlagen nicht herabgesetzt worden sind; sie betragen bei den Banken allerdings nur im Durchschnitt 3 Prozent. Theoretisch tritt damit die begrüßenswerte Tatsache ein, daß sich die Zinspanne verringert. Aber es ist wohl zu befürchten, daß sich die Banken bei den Zinsen für gewährte Kredite eventuell durch Erhöhung der Provisionen schadlos halten werden.

Der Vizekönig weicht aus.

Die Laae in Indien 'p'ht sich zu.

Neu Delhi, 7. März. (Eigenbericht.)

Der Vizekönig von Indien, Lord Irwin, hat den an ihn gerichteten Brief Gandhis durch seinen Privatsekretär kurz bestätigen lassen. Der Vizekönig, so heißt es in dieser Antwort, habe mit Bedauern gehört, daß Gandhi einen Weg vorzuschlagen gedente, der unverkennbar eine Verletzung des Gesetzes und eine Gefahr für den öffentlichen Frieden mit sich bringen müsse.

In der geschwebenden Versammlung machte sich ein Führer der gemäßigten Nationalisten Indiens, Kundit Malabika, am Freitag erbötig, Gandhi von der Ausübung der passiven Resistenz noch in letzter Minute abhalten zu wollen, wenn Indien sofort der Dominionstatus gewährt werde.

Faschisten-Spionage in der Schweiz.

Eine weitverzweigte Organisation aufgedeckt.

Bern, 7. März. (Eigenbericht.)

Die Schweizer Polizei hat im Zusammenhang mit der Tätigkeit des italienischen Koadjutors Menapace die Fäden eines italienischen Spionagedienstes in der Schweiz entziffert. Hausdurchsuchungen ergaben in Basel und Zürich das Bestehen dortiger Zweigstellen der italienischen Spionage. Verhaftungen wurden insbesondere im Kanton Tessin vorgenommen. Sie ergaben, daß im Kanton Tessin zwei italienische Spionageorganisationen im Auftrag und für Rechnung der italienischen faschistischen Partei arbeiten. Andere Verhaftete arbeiten im Auftrag der Zentralkriminalpolizei in Rom.

Die Hauptagenten haben ihren Sitz in Mailand und besuchten von Zeit zu Zeit die Schweizer Agenten. Sie waren mit falschen Pässen versehen. So ist ein in diesen Tagen in Tessin festgenommener Agent italienischer Honorarconsul. Er benutzte auf seinen Reisen in der Schweiz entweder einen Namen mit falschem Namen oder einen Diplomatennamen mit seinem richtigen Namen. Ein anderer Agent unterhielt ein gut besuchtes Restaurant und gab sich als wälder Antifaschist aus. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Bedrohung der Gewerkschaften.

Ein Anschlag in Deutschösterreich.

Wien, 7. März. (Eigenbericht.)

Die ganze politische Öffentlichkeit steht unter dem Eindruck des Kampfes, der im Justizauschuss gegen das gewerkschaftsfeindliche Antiterrorgesetz geführt wird.

Dr. Bauer (Soz.) leitete am Freitag vormittag seine am Vorabend unterbrochene Rede fort. Er erklärte, die freien Gewerkschaften seien bereit, mit den christlichen und völkischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, sie würden sich aber gegen das gepönbte Attentat mit Entschiedenheit zur Wehr setzen. Die Vorlage sei ein Ausläufer der Hasspolitik, die von Dr. Selpel ausgehe. Vertreter der Gewerkschaften kündigten im Rahmen ihrer Organisationen Kampf an.

Die Christlich-Sozialen hatten ursprünglich geplant, das Gesetz noch in der Winterkession durchzusetzen. Man glaubt jedoch nicht, daß ihnen das gelingen wird, da auch die christlichen und völkischen Gewerkschaften dem Gesetz ablehnend gegenüberstehen.

Kriegsbericht.

Zimmer neue Ausschüsse und Austritte.

Im Bezirk Halle schloß die RPD-Bezirksleitung an einem Tage nicht weniger als sieben führende Funktionäre, darunter den Betriebsratsvorsitzenden der Mansfeld-W. B. und verschiedene Kommunalvertreter aus. Der bisherige Vol.-Beitler dieses Bezirks, der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen, ist bei Thälmann abermals in Ungnade gefallen und hat dem Bundtagsabgeordneten Grube Vieh gemacht.

In Nürnberg sind 8 RPD-Funktionäre zur Sozialdemokratie übergetreten.

„Polizeiunterkunft Staatsminister Geesinoff“. Der preussische Innenminister Dr. Moening hat die „Polizeiunterkunft Linden“ in Berlin nach seinem Vorgänger Geesinoff umbenannt, um die Verdienste des letzteren um die preussische Polizei im Gedächtnis der Beamten festzuhalten.

Universitätsbildung für Lehrer. Der Bildungsausschuss des Reichstags übernahm am Freitag eine Eingabe des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins, die für Lehrer das volle Universitätsstudium fordert, der Reichsregierung zur Berücksichtigung. Der Antrag der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft, alsbald in die Beratung des dem Ausschuss überwiegenen Reichsschulgesezes einzutreten, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Moldenhauer und die Volkspartei.



„Er ist unser Finanzminister — darum folgen wir ihm nicht!“

Londoner Konferenz wieder aufgenommen

Neue Methode: Erst politische Grundlagen — dann Tonnageziffern.

London, 7. März. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen der Flottenkonferenz sind mit der Rückkehr der französischen Delegation am Freitag wieder

in vollem Ausmaß aufgenommen

worden. Die Arbeitspause ist jedoch nicht völlig unfruchtbar gewesen, und die Konferenz beginnt ihre Arbeiten keineswegs an dem Punkte, an dem sie vor 14 Tagen durch die französische Regierungskrise stillgelegt worden ist.

Vor der Beratung beschäftigte sich die Konferenz mit den Tonnageforderungen der verschiedenen Länder. Dabei wurde es immer deutlicher, daß diese Methode zu keinem befriedigenden Resultat führen könne. In der Zwischenzeit scheint sich eine völlige Einigung darüber ergeben zu haben, daß die Zeit für die Verhandlungen über Ziffern noch nicht reif ist und zuerst auf politischer Grundlage die psychologischen Voraussetzungen für eine befriedigende Regelung der Tonnagefragen geschaffen werden müssen. Das gilt insbesondere mit Hinblick auf Frankreich und Italien, deren gegenseitiges Mißtrauen im Rahmen der Verhandlungen über Tonnage und Kategorien nicht zerstreut werden kann. Die Mächte sind deshalb zu dem Entschluß gekommen, einen

neuen politischen Pakt zwischen den fünf Mächten

fertigzustellen, der eine Verstärkung bzw. Ergänzung der bereits bestehenden Abkommen darstellen soll. Erst wenn dies geschehen ist, soll in einer, wie man hofft, günstigeren Atmosphäre die Ziffernfrage in Angriff genommen werden. Man glaubt dann wesentliche Ährtliche der einzelnen Länder durchsetzen zu können.

Macdonald war nach der am Freitag morgen stattgefundenen Sitzung der fünf Delegationsführer sichtlich optimistisch und sprach die Erwartung aus, daß die Konferenz vor Mitte April ihren erfolgreichen Abschluß finden würde.

Lenkt Frankreich ein?

Paris, 7. März. (Eigenbericht.)

Der „Matin“ erklärt am Freitag zur Londoner Flottenkonferenz, daß Frankreich getreu seiner Rolle als Vorkämpferin des Friedens auch jetzt zur gütlichen Einigung bereit bleibe, falls natürlich keine Sicherheit garantiert würde. Frankreich fasse seine Bedürfnisse hinsichtlich der Flottenrüstungen als rein relativ auf. Es sei zum Entgegenkommen bereit, wenn die übrigen Mächte etwa in der Einladung zu dem in London abzuschließenden Abrüstungsvertrag sich festerlich verpflichteten, auf jeden Krieg untereinander zu verzichten und auch sonst bei jeder Kriegsdrohung zwischen dritten Mächten sich sofort über die Sicherung des Friedens zu verständigen.

Diese deutliche Kompromißbereitschaft, die mit Hartnäckigkeit arbeitet, die unter dem ersten Kabinett Lardieu noch als Strohgehirn verpönt waren, läßt nicht gerade auf eine besonders starke Position der französischen Delegation in London schließen.

Sozialisten und Seeabrüstung.

Konferenz der Internationalen.

Paris, 7. März. (Eigenbericht.)

Die Vorstände der Arbeiter-Internationale und der Antimilitaristischer Gewerkschafts-Internationale sind unter dem Vorherrsche hier gemeinsam zusammengetreten, um zu den auf der Tagesordnung der Londoner Konferenz stehenden Abrüstungsfragen Stellung zu nehmen. In dem Referat, das Gillis (England) erstattete, sowie in der Diskussion kam übereinstimmend die Auffassung zum Ausdruck, daß die Hauptaufgabe an dem neuen Beitritts die unter dem Deckmantel des Pazifismus stehende Flottenaufrüstungspolitik der Vereinigten Staaten trage. Im Rahmen der französischen Sozialisten verlangte Blum die Rückkehr zu den Prinzipien des Genfer Protokolls. Auf Vorschlag von Bliegen (Holland) wurden Vanderveelde und Citrine beauftragt, eine Entschließung auszuarbeiten.

Masaryks Programm.

Friedensrede des Jubilars.

Prag, 7. März.

Präsident Masaryk nahm heute in der Kammer der Burg die Glückwünsche der Mitglieder beider Häuser des Parlaments sowie der Regierung entgegen. Auf die Ansprachen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Malypetr, des Präsidenten des Senats Dr. Soukup und des Ministerpräsidenten Udrjokol antwortete er in einer längeren Rede, in der er u. a. sagte:

Damit wir uns mit Erfolg den kulturellen Aufgaben der Politik und der Verwaltung widmen können, müssen alle überflüssigen und schädlichen Zwischigkeiten beseitigt werden. Ich denke dabei hauptsächlich an nationale, namentlich sprachliche Zwischigkeiten. Die Lösung aller dieser Probleme fällt in erster Reihe

Selbstmord eines Industriellen

Im Hotel vergiftet aufgefunden.

Gestern Abend hat in einem bekannten Cigarrenhotel der City der 51jährige österreichische Holzindustrielle Oskar von Körner aus Mauer bei Wien Selbstmord verübt.

Von Körner war am Donnerstag von seiner Heimatstadt nach Berlin gereist, angeblich um hier Geldhilfe zu erbitten. Er war in einem großen Hotel in der Rahmentraße abgestiegen. Als gestern Abend Hotelangestellte das Zimmer des Industriellen betreten, fanden sie ihn leblos im Bett auf. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod durch Vergiftung fest. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und ins Schauhaus gebracht.

Die Gründe, die Körner in den Tod getrieben haben, sind bis zur Stunde noch unbekannt. Was uns kurz vor Schluß des Blattes aus Wien gemeldet wird, beherrschte u. Körner früher einen großen Teil des österreichischen Marktes, in letzter Zeit waren seine Geschäfte und Beziehungen jedoch erheblich zurückgegangen. Vielleicht ist die Ursache zu dem Verzweiflungszugriff in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen.

den Tschechen und Slowaken zu. Ich will damit nicht sagen, daß die Deutschen und andere Minderheiten keine Verantwortung an der böhmischen Ueberwindung dieses alten Erbübels hätten.

Die Sprachen und Nationalitätenfrage ist für den Staat überhaupt keine Preisfrage, sondern eine Frage der Bedürfnisse der Verwaltung und einer praktischen Zweckmäßigkeit.

Zur auswärtigen Politik sagte der Präsident u. a.: Unsere auswärtige Politik hat die wirtschaftliche und kulturelle Annäherung an alle Völker zum Ziele. Gerade wir brauchen diese Annäherung zur Konsolidierung des neuen Staates. Deshalb (?) widmen wir uns mit besonderer Sorgfalt dem Aufbau unserer Armee. Wir haben keine aggressiven Absichten, werden aber jederzeit vorbereitet dastehen, um unseren Staat zu verteidigen. In diesem Geist werden auch alle internationalen Verträge abgeschlossen. Es ist bereits

allgemein anerkannt, daß die kleine Entente ausschließlich der Verteidigung dient.

In der Zeit, wo Frankreich durch seine Politik gegenüber Deutschland ein so schönes Beispiel von Friedfertigkeit gibt, können wir unseren Nachbarn und allen Völkern und Staaten gegenüber keine andere als eine friedfertige Politik treiben. Dies steht keineswegs im Widerspruch zu der Tatsache, daß wir mit unseren Verbündeten aus dem Weltkrieg sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir sind ihnen für die uns geleistete Hilfe dankbar. Was in allem sagen wir es gerade heraus, wollen wir

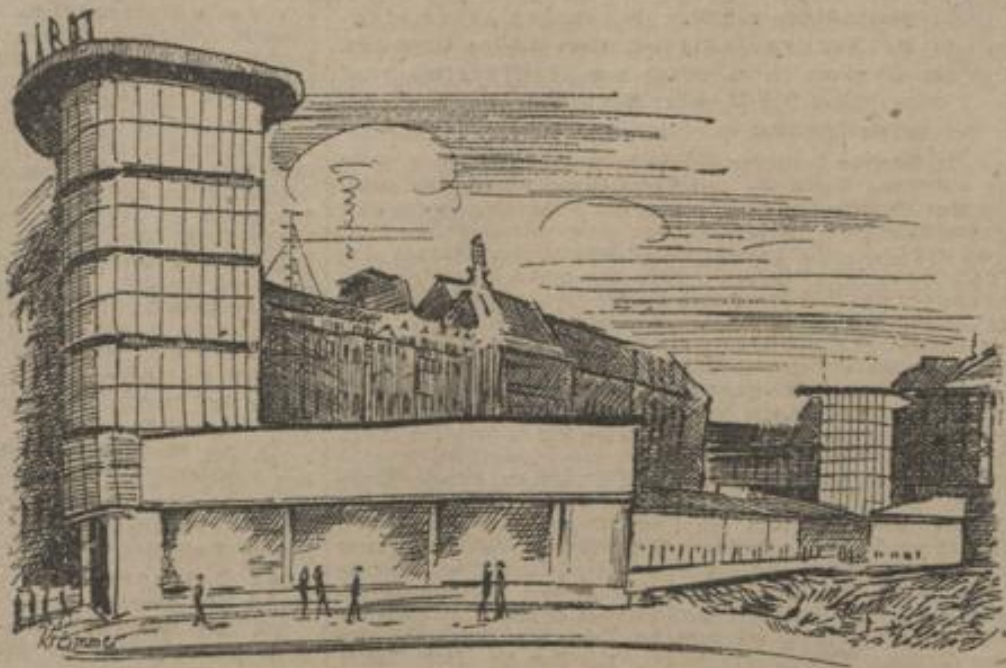
uns auf uns selbst verlassen.

In der Politik wie in der Praxis überhaupt entscheiden über die Schicksale von Personen, Völkern und Staaten nicht Phantasten und fromme Wünsche, sondern die geistigen und materiellen Kräfte.

Der Haushalt der Staatsbank. Der Hauptauschuss des Preussischen Landtags genehmigte am Freitag den Haushalt der Staatsbank.

Turmhausersatz am Bahnhof Friedrichstraße.

Lange genug hat der „Schandfleck am Bahnhof Friedrichstraße“, jenes müde Dreieck zwischen Bahnhof, Friedrichstraße und Spree, eine unruhliche Existenz geführt; um so aufdringlicher gestaltete sich der Konflikt, als der neue moderne Bahnhof entstand und die zahlreich, hier aussteigenden Reisenden gleich neben der prunkvollen Fassade der Friedrichstraße ein so verarmtes Pflaster in dem Bauungsplan einer Weltstadt fanden. Die Situation wurde nicht viel gebessert, als vor einigen Jahren ein Reklamegerüst den Bau eines Turmhauses von riesenhaften Ausmaßen auf diesem Plage versprach. Man hatte den Turm etwas zu voll genommen, denn der unzuverlässige Grund und Boden machte ein solches Projekt unmöglich. So kam es nur zu einem „Turmhaus-Ersatz“. Zwei moderne Türme, Stahlblechbauten mit Lederfangglas verkleidet, aber nur 13 Meter hoch, flankieren die Hauptfront an der Friedrichstraße; diese Straßenfront, ein einfach gehaltenes Hochwertbau, enthält 13 Läden, die recht geräumig sind und außer dem eigentlichen Verkaufsraum noch Büra und Nebengelass aufweisen. Die beiden Türme sollen einer großzügigen Lichtreflexion dienen; der Raum zu ebener Erde wird als moderne Stehhöhle mit verdecktem Licht, Lautsprecherübertragung usw. ausgestattet. In zwei Wochen sollen diese Lokale in Betrieb genommen werden. Die weitere Randbebauung ist ge-



plant; der Hof, jetzt noch ein müßiges Durcheinander von Schutt und Steinen, soll in einen Biergarten umgewandelt werden. Wenn auch dieser „Turmhaus-Ersatz“ eine Kompromißlösung darstellt, so hat sich doch das ganze Bild aufs vorteilhafteste verändert und mit wenig Mitteln ist die schwierige Frage der Randbebauung auf architektonisch eindrucksvolle Weise gelöst; der Entwurf stammt von Architekt Fränkel, dem Erbauer der „Lichtburg“ am Gesundbrunnen.

ihn und verfehte ihm mit einem Ziegelstein mehrere wuchtige Hiebe über den Kopf. S. ist trotz seiner Jahre noch sehr rüstig und hielt sich den Angreifer vom Leibe. Der Täter, der nun einfiel, daß er nicht zum Ziel kommen würde, flüchtete und lief nach der Blücherstraße zu. Ein Schupo posten hatte die Hysterie des Gaitwerts gehört, und es gelang dem Beamten, den Flüchtling einzuholen und festzunehmen. Auf dem Revier war inzwischen auch S. erschienen, um Anzeige zu erstatten. Sehr groß war sein Erstaunen, als er in dem Festgenommenen den 22 Jahre alten Arbeitsburschen Emil Polowski aus der Linienstr. 230 erkannte, der bis vor einigen Tagen in seinem Geschäft als Kuchhilfe und als Regelleitung gearbeitet hatte. Am letzten Freitag hatte S. ohne jede Veranlassung die Arbeit aufgegeben. S. gab die Tat ohne weiteres zu. Er hatte sich auf die Lauer gelegt, da er wußte, wann S. heimkehren würde, um ihn zu ertappen. S. wurde dem Polizeipräsidenten eingeliefert.

Die Flut geht zurück.

Frankreich dankt der Reichsregierung für die Beileidungsbekundung.

Paris, 7. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Freitag einstimmig einen ersten Ratschlag für die Uebererschuldungsgeschädigten in Südfrankreich in Höhe von 100 Millionen Franken bewilligt. Gleichzeitig hat die Regierung für die 14 von der Katastrophe betroffenen Departements ein Teilmoratorium erlassen.

Der deutsche Botschafter in Paris hat am Freitag in einer Unterredung mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philipp Berthelot, der französischen Regierung die Teilnahme der Reichsregierung zu der Katastrophe ausgesprochen. In einem persönlichen Schreiben hat der Ministerpräsident Lardoux sich sofort bedankt und betont, daß das große französische Volk, in erster Linie natürlich die Uebererschuldungsgeschädigten selbst, für diese Beileidungsbekundung besonders dankbar seien. Der König von England und der von Spanien haben an den Präsidenten der Republik Telegramme geschickt. Der päpstliche Nuntius hat im Namen des Heiligen Stuhles eine Gabe von 50 000 Franken gestiftet.

Aus dem Katastrophengebiet selbst liegen am Freitag keine neuen Nachrichten vor. Ueberall hat sich die Flut verlaufen und man ist aufs energigste mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Eine Gesamtbilanz der Schäden läßt sich jedoch immer noch nicht aufstellen. In Bordeaux kauft das Hochwasser am Freitag weiter ab. Dort rechtzeitiger Sicherungsmaßnahmen hält sich hier der Schaden in mäßigen Grenzen.

Petroleumlager in Flammen.

Sieben Tanktürme in die Luft geflogen.

New York, 7. März.

Die Petroleumspeicheranlage der Sinclair Refining Company in Pennsylvania mit einem Fassungsvermögen von 15 Millionen Gallonen (ca. 62 Millionen Liter) ist durch Großfeuer zerstört worden. Auf dem Gelände der Anlage war ein Feuer entstanden, das bald größeren Umfang annahm. Durch die Hitze wurden die sieben Tanktürme der Anlage in Mitleidenschaft gezogen und flogen in kurzen Abständen in die Luft. Sämtliche Gebäude im näheren Umkreis der Anlagen gingen in Flammen auf.

Morgenfeier des Arbeiterkulturkartells.

Unter dem Motto: Hinan! Vorwärts — hinan! versammelt das Arbeiterkulturkartell Berlin am Sonntag, dem 9. März, vormittags 11 Uhr, in der Funktionäre eine Morgenfeier, die unseren Vorkämpfern, Marx, Lassalle und August Bebel gewidmet ist. Das genaue Programm ist im „Arbeiterfunk“ oder auch in der Berliner „Funktionäre“ enthalten.

Schüsse auf die Polizei.

Zwei Beamte und eine Frau schwer verletzt.

Während des ganzen gestrigen Tages blieb es bis auf kleinere Zwischenfälle vor dem Arbeitsamt Nord völlig ruhig. In der siebenten Abendstunde kam es jedoch im Osten Berlins an der Weberwiese zu einem neuen blutigen Zusammenstoß zwischen kommunistischen Demonstranten und Polizeibeamten. Zwei Schupowachmeister wurden durch Schüsse aus der Menge schwer verletzt.

Gegen 19 Uhr hatten sich auf der Weberwiese an der Frankfurter Allee mehrere hundert Kommunisten angeammelt, die sich zu einem Zuge formierten und die Frankfurter Allee hinuntermarschieren wollten. Mehrere Beamte eines Ueberfallkommandos der 2. Bereitschaft Friedrichshagen stellten sich den Demonstranten entgegen und versuchten den Zug aufzulösen. Die Schupo beamten wurden jedoch mit einem Steinhaufen empfangen, und plötzlich wurden aus der Menge etwa sechs bis acht Schüsse auf die Beamten abgefeuert. Der 22jährige Wachmeister Billi J. wurde von einer Kugel in den Hals getroffen, sein gleichaltriger Kamerad Rudolf G. erhielt einen Schuß in den Arm. Die Polizei machte daraufhin gleichfalls von der Schußwaffe Gebrauch. Dabei wurde eine Frau, deren Personalien noch unbekannt sind, durch einen Schuß schwer verletzt. Sie wurde in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. — Nachdem die Verhaftungen herbeigeführt waren, konnte der Weg von der Polizei wieder freigemacht werden. Eine Person, es soll sich um einen der Renolierschützen handeln, wurde zwangsgestellt.

Neues schweres Grubenunglück.

Explosion in einer belgischen Kohlengrube.

Brüssel, 7. März.

In der Zeche Gaziers in Marcinelle ereignete sich eine schwere Explosion schlagender Wetter. Zwölf Bergarbeiter wurden getötet und elf verletzt. Vier der Arbeiter schweben noch in Lebensgefahr. Ein Ingenieur erklärte, allem Anschein nach handle es sich nicht um schlagende Wetter, vielmehr seien die Opfer von heißen Gasen verbrannt worden.

Im Hausflur überfallen.

Der jugendliche Täter festgenommen.

Der 23jährige Schaufmiter Wilhelm S. wurde in später Nachtstunde im Hausflur seiner Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße von einem jungen Manne niedergeschlagen. Der Ueberfallene setzte sich, als ihm der Täter die Brieftasche rauben wollte, energig zur Wehr und rief laut um Hilfe. Der Burche stürzte daraufhin, konnte aber nach aufsteigender Jagd festgenommen werden.

S. ist Besitzer eines Lokals in der Kronenstr. 20, er zur gewöhnlichen Stunde geschlossen hatte. Er fuhr direkt nach seiner Wohnung. Als er kaum den dunklen Flur seines Hauses betreten hatte, stürzte sich plötzlich aus einer Ritze ein junger Burche auf

Aluixio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

„Nimm das, alte Gans — und das — und das — und das — und vielleicht lernst du noch, eine Dame, die hartlos spazieren geht und sich um nichts kümmert, nicht zu beschimpfen.“

Die Portugiesen stürzten jetzt vor, um Rita von ihrem Opfer fortzureißen, aber die Brasilianer ließen es nicht zu. „Hände weg!“

„Aber sie wird sie noch umbringen.“

„Na wenn schon, es ist doch ihr Kampf.“

Die Gemüter wurden erhit, und nicht gerade sehr schmeichelhafte Worte, wie „Einwanderer“, „bläde Ruh“ und so weiter erfüllten die Luft. Dann warf jemand einen Eimer mitten hinein, und im Augenblick war die Schlacht allgemein. Statt eines Streites zweier Frauen um einen Mann, handelte es sich jetzt um einen Kampf zwischen der Fremdenlegion und der Nationalgarde, in den sich fünfzig Männer und Frauen mit einer besseren Sache würdigem Eifer stürzten. Steine, aus Säulen ausgerissene Blöcke und alle Utensilien, die gewöhnlich benutzt werden, um die Wäsche des Menschennolks zu waschen, nahmen an dem Gefecht teil. Von Mirandas Fenster her ertönte wiederholt ein Polizeipfeiff, und durch das Tor kamen jetzt Leute von der Straße angestürzt. Joao Romao eilte wieder auf den Kriegsschauplatz, konnte sich aber in dem Wärm, der den ganzen Hof erfüllte, nicht einmal bemerkbar machen. Er war nicht imstande, das Tor oder auch nur die Türen seines Bodens zu schließen; daher leerte er alle Kaffen und pflanzte sich mit einem Stück Eisenrohr vor seinen Baren auf. Bertoleza stellte lauter Töpfe mit Wasser zum Kochen auf den Herd, um ihrem Manne bei der Verteidigung seines Eigentums beizustehen.

Inzwischen ging die Schlacht ohne sichtlichen Vorteil für irgendeine Partei weiter. Die Steinbruchleute hatten ihre Arbeit im Stich gelassen und stürzten besorgt in den Hof. Unter Flüchen und Murren hörte man Rufe für Portugal und dann wieder weiche für Brasilien. Mandamal gelang es einer Gruppe von tapferen Kriegerern, den Gegner zurückzudrängen, aber er rückte regelmäßig wieder vor, und der

verlorene Boden wurde wiedererobert. Die Polizisten erschienen, aber es waren ihrer zu wenig, um einzugreifen, und sie begnügten sich daher zuzusehen.

Aber als der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, erscholl von der Straße her Wärm, und ein Stimmengewirr machte sich über dem Schlachtengetöse bemerkbar. Die Einwohner vom Kagenkopf waren gekommen, um den Mord an ihrem Führer blutig zu rächen. Im Nu verwandelte sich der Bürgerkrieg in eine Verteidigung gegen feindlichen Ueberfall.

Denn als die Stockfische den Kriegsruf von der Straße her vernahmen, hörten sie auf zu kämpfen und bereiteten sich vor, dem verhassten Feind Widerstand zu leisten. Die Häuler wurden jetzt hastig nach Waffen durchsucht, und diese wurden unterschiedslos unter die Hausbewohner verteilt. Es gab jetzt keine Portugiesen und keine Brasilianer mehr, es gab nur noch Stockfische, die mit Feuereifer entschlossen waren, ihre Familien und ihr Heim bis auf den letzten Mann zu verteidigen.

Die Feinde stimmten, als sie näher rückten, einen Kriegsgesang an, welche der junge Augusto, der hoch oben auf dem Paternenzahl im Hof hockte, in schrillen Tönen beantwortete. Er sah sehr molerisch aus, denn er hatte sich Kenems raffeidene Schärpe um die Taille gebunden und ein Küchenmesser hineingesteckt. Ein dünner Wulst, dem kein Mensch bisher Beachtung geschenkt hatte, pflanzte sich gänzlich unbewaffnet im Toreingang auf und schien bereit, die sich nähernde Armee zu empfangen. Er stößte Bertolero ein, denn er lachte.

An der Spitze der Kagenköpfe stand Barzira. Eine Feder und ein gelbes Band schmückten seinen Hut, er tonzte umher und rief den nachfolgenden Heerscharen Befehle und ermunternde Worte zu. Die rückten nach, sangen noch immer und waren zum größten Teil mit Kaffermessern bewaffnet, die sie offen in der Hand trugen.

Die Stockfische füllten den Hof und erwarteten den Feind verhältnismäßig schweigend. Das vorangegangene Gefecht im eigenen Lager hatte ihre Kampfeslust gemildert und sie in kriegerische Stimmung versetzt; sie waren jedoch, als sie sich rüsten mußten, um dem Ueberfall von Jimos Freunden zu begegnen, schon zu heißer zum Schreien. Und trotz der Verantwortung, die sie doch für alles Geschehene trug, machte die Sonne einen feigen Rückzug und verschwand, als ginge sie der Ausgang des drohenden Kampfes überhaupt nichts an.

Oben an Mirandas Fenster befand sich der alte Boteho in fieberhafter Erregung. Alles, was nach Krieg schmeckte, war nach seinem Geschmack, und jetzt sollte er eine richtige Schlacht erleben, die offenbar ihm zuliebe inszeniert zu sein schien. Also feuerte er beide Parteien an und betete inständig, es möge nur niemand nachgeben.

Der Feind erschien jetzt am Portal, und zehn Stockfische rückten vor, um zehn Kagenköpfen zu begegnen. Die Schlacht begann, nicht in blinder Verwirrung, sondern nach einem geordneten Plan. Portiro dirigierte die Bewegung der Angriffsmächte weiter und sang und tanzte dabei vor und zurück, Kaffermesser wurden gezückt und Keulen hoch in die Luft geschwungen. Jeder Kämpfer hatte einen Gegner von gleicher Größe und Kraft, und beide Parteien sahen dem Angriff und der Verteidigung atemlos zu. Vor und zurück sprangen die Männer. Ein plötzlicher wütender Stoß schien sein Opfer tödlich treffen zu wollen, aber mit der Geschwindigkeit einer Kage warf sich der Bedrohte zu Boden und entkam unversehrt. Wer würde zuerst ermüden und aufgeben? Das war der Gedanke, der alle Zuschauer bewegte. Aber dasselbe Element, das bei dem letzten Ueberfall von Sao Romao seine Hand im Spiel gehabt hatte, griff auch heute wieder ein. Auf einmal wälzte sich eine schwarze Riesenzunge vom unteren Teil der Siedlung heron. In Nummer achtundachtzig brannte es; diesmal war es ein Riesengeheißer, und das gültige Schicksal, das damals hätte regnen lassen, um Joao Romaos Besitz zu retten, blieb heute aus. Die Hege verwirklichte endlich den Traum, der oft die Monate hindurch in ihrem armen verfürten Kopf geschlummert hatte. Die Schlacht vor dem Tor gab ihr die gewünschte Gelegenheit; sie war aus äußerster Erde der Siedlung gekrochen und hatte auf dem Boden von Nummer achtundachtzig Kammern mit Petroleum ausgegossen, das sie zu diesem Zweck gesammelt hatte. Ein starker Wind vom Hügel her blies das Feuer noch an, und es verbreitete sich beunruhigend schnell über die leicht gebauten Häuschen hin.

Die Kagenköpfe waren anständige Feinde und erachteten es unter ihrer Würde, aus diesem Unfall Vorteil zu ziehen. Die Stockfische mußten ihre Kinder retten und versuchen, ihre Wertsachen aus den brennenden Gebäuden herauszuholen. Also mußte der Kampf verlagert werden. Sie waren sogar geneigt, ihren Gegnern zu helfen und mit ihnen zusammen gegen das Feuer anzugehen, so daß jetzt Stockfische und Kagenköpfe Schulter an Schulter arbeiteten und retteten, was zu retten war. (Fortsetzung folgt.)

Die nationalsozialistischen Mörder.

Wird eine Belohnung für ihre Ergreifung ausgesetzt?

Von der politischen Polizei sind gestern nachmittag ein Kommissar und ein Kriminalassistent nach Königsplatz entsandt worden, die im Verein mit den Ortsbehörden die weiteren Ermittlungen nach den nationalsozialistischen Mörder, die in der Nacht zum Donnerstag den feigen Mordüberfall auf das Reichsbanner ausführten, aufgenommen haben.

Entgegen der ersten Verlautbarung ist inzwischen festgestellt worden, daß sich in dem Halenkreuzerhause auch mehrere Mitglieder der Ortsgruppe der NSDAP Königsplatz befinden haben. Durch ihre Vernehmungen hofft man die Täter bald ausfindig zu machen und hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Das Befinden der Verletzten, des Reichsbannerkameraden Bertmeister Uhlig, des Rosenkammer-Gedauer, der Mitglied der Sozialdemokratie ist, und des Jungkommunisten Seifert, hat sich erfreulicherweise so weit gebessert, daß keinerlei Gefahr mehr besteht. Der von den Nationalsozialisten ermordete Arbeiter Kubow war bei der Kleinwohnhausbaugesellschaft in Zepernitz beschäftigt. Als die Besatzung gestern von der Schandtat der nationalsozialistischen Kowdys, die den Tod eines ihrer Kollegen zur Folge hatte, erfuhr, legten sie als Zeichen ihrer Empörung geschlossen die Arbeit nieder. Am kommenden Montag findet die Beerdigung des Erschossenen statt.

Von der Sozialdemokratischen Partei ist für Sonntag eine große Protestkundgebung, die sich gegen den rechtsradikalen Terror richtet, einberufen worden.

Die Ermittlungen der Polizei über das blutige Verbrechen der Nationalsozialisten haben bisher noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Jedenfalls sind noch keinerlei Verhaftungen gemeldet. Dies ist um so auffälliger, als nach Lage der Dinge die Ergreifung der Täter nicht übermäßig schwierig sein dürfte. Denn es scheint ja, daß dieser planmäßig vorbereitete Feuerüberfall auf Reichsbannerkameraden von einer größeren Gruppe ausging, die bereits einmal im gleichen Lokal einen Austritt provoziert hatte.

Ein Toter, drei Schwerverletzte sind diesem gemeinen Verbrechen zum Opfer gefallen. Uns scheint, daß dieses traurige Ergebnis mehr als genügend sein sollte, um die Polizei zu veranlassen, die Täter mit allen bei der Verfolgung von Mörder über üblichen Mitteln und Opfern zu verfolgen. Es ist ein unerträglich Gedanke, daß zwar bei einem Raub- und Lustmord, oder manchmal sogar bei einem schweren Einbruch die Polizei hohe Belohnungen aussetzt, die bei der Ergreifung der Täter oft eine entscheidende Rolle spielen, in diesem Falle bisher nichts dergleichen geschehen ist. Die Gemeingefährlichkeit auch solcher „politischen“ Mordtaten (wie die des Reichsbannerkameraden) ist nicht geringer als die eines gewöhnlichen Raub- oder Lustmordes; doch zeigen der Tote und die übrigen Opfer des nationalsozialistischen Brandüberfalls vom Dienstagabend. — Die republikanische Bevölkerung erwartet daher von Berliner Polizeipräsidenten, daß er unverzüglich einen Aufruf zu patibulären Löser der eine erhebliche Belohnung für die Ergreifung der Täter von Königsplatz aussetzt. Es sind uns schon Aufschreie in diesem Sinne zugegangen, die sich mit unserer eigenen Überzeugung von der Notwendigkeit einer solchen berechtigten Maßnahme völlig decken.

Dutschstrategie des RFB.

Das Urteil im Prozeß der Rotfrontkämpfer.

In dem Prozeß gegen die 15 früheren Mitglieder des verbotenen Rot-Front-Kämpfer-Bundes wurden die Angeklagten Ollrich und Pohnke wegen Geheimbündelerei und Vergehens gegen das Gesetz über den Verkauf der Friedensverträge zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der dritte Hauptangeklagte Peuke wurde freigesprochen. Von den übrigen 11 Angeklagten wurden fünf freigesprochen und sechs zu je 60 Mark Geldstrafe an Stelle von 6 Tagen Gefängnis wegen ihrer Mitgliedschaft an der illegalen Fortsetzung des verbotenen Bundes verurteilt.

Die Ausschreitungen, die am Abend des 15. Januar am Hermannplatz in Reußhau von Kommunisten begangen wurden, fanden gestern vor dem erweiterten Schöffengericht Reußhau ein Nachspiel. Angeklagt war der Arbeiter Schulz, der sich an einem Demonstrationzug beteiligt hatte, den die Polizei später auflöste. Die Polizei mußte die Demonstranten, die gegen die Beamten eine bedrohliche Haltung einnahmen, mehrfach mit dem Gummiknüppel auseinanderreiben. Während des Krawalls warf der Angeklagte mit einem Stein auf den Polizeibeamten, der allerdings fehlging. Schulz gab an, daß er nur durch Zufall auf den Hermannplatz gekommen sei, bedauerte aber, daß der Stein den Beamten nicht getroffen habe. Er wurde auf Grund dieses Eingeständnisses gemäß dem Antrag des Staatsanwalts wegen schweren Aufruhrs zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kabeldiebe an der Arbe...

Gestern nacht waren an der Peripherie Berlins wieder einmal Kabeldiebe an der Arbeit. Diesmal ist der Verdächtige die Reichsbahn der etwa 2400 Meter kupperner Telegraphenkabel, der an Hochmasten zwischen den Stationen Rahnsdorf und Friedrichshagen gespannt war, von noch unbekannten Dieben gestohlen wurde. Es handelt sich um einen Telephon-Strecken-Kabel, der zur Übermittlung der Nachrichten von einer zur anderen Station dient. An dem Diebstahl müssen mindestens drei oder vier Personen beteiligt gewesen sein, da ganz abgesehen von dem sehr erheblichen Gewicht, das Entfernen der kuppernen Drahtes von den Masten eine sehr schwere Arbeit bedeutet. Bisher fehlt von den Tätern noch jede Spur.

Die Aufführung des Films „Ohne Kuts durch Afrika“ findet in einem Filmtheater der Sozialistischen Arbeiterjugend am Sonntag, dem 16. März, 11 1/2 Uhr, im Phobus-Palast, am Anhalter Bahnhof, statt. Gleichzeitig läuft als Gegenüberstellung zu diesem Film, der die primären Lebens- und Arbeitsverhältnisse Afrikas zeigt, der Film „Im Schatten der Maschine“ (ein Film der Technik). Eintrittskarten zum Preise von 40 Pf. im Jugendkassenbüro, SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, bei den Funktionären der SAJ, und an der Kasse.

Kundgebung der Weltgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner am Freitag, dem 14. März, abends 7 1/2 Uhr (pünktlich) im ehemaligen Herrenhaus, Belpziger Str. 3. Es sprechen die Gen. Karl Seewald, Marie Judary und Wilhelm Soltmann. Thema: Sozialistische Kultur und Alkoholfrage. Resolutionsentwurf. Der „Rote Chor“. Eintrittskarten unentgeltlich durch die Geschäftsstelle, Engelstr. 24/26 (Gewerkschaftshaus).

Ausbildung zur Kinderpflegerin und Hausgehilfin. Im Kindererholungsheim Borgsdorf (Nordbahn) können vom 1. April 1930 junge Mädchen mit abgeschlossener Volksschulbildung bei Ausbildung in Kinderpflege und Hauswirtschaft zur Erlangung der Mittelschulreife aufgenommen werden. Meldungen an die Geschäftsstelle Berlin D 27, Blumenstr. 97.

In Zeiten der Not „Festspiele“?

Denkt an die Wohlfahrtspflege und Erwerbslosenhilfe!

Wie wir bereits in unserem Bericht über die letzte Stadtkonferenz mitteilen, hat die sozialdemokratische Rathausfraktion einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Abhaltung von „Festspielwochen“ in der letzten Zeit schwerster Not wendet. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„In Berliner Zeitungen der verschiedensten Richtungen ist in den allerletzten Tagen — wahrscheinlich auf Grund von gleichlautenden Mitteilungen eines anscheinend bestehenden sogenannten „Festauschusses“ — berichtet worden über besondere Opern-, Schauspiel-, Konzert- und ähnliche Aufführungen im Frühjahr dieses Jahres. Trotz der täglich steigenden Erwerbslosigkeit hat man die Geschäftslage, diese Veranstaltungen wie im Vorjahre zusammenzusetzen zu wollen unter dem Begriff einer „Festspielwoche“, die vorzugsweise bei den außerordentlich erhöhten Eintrittspreisen nur für einen kleinen Teil der Berliner Bevölkerung bestimmt ist, unter Ausschluß proletarischer Besucher. Die finanzielle Grundlage für diese Veranstaltungen soll geschaffen werden in derselben Weise, die wiederholt von der Berliner Stadtkonferenzversammlung fast einstimmig verurteilt worden ist. Es geht nicht an, private Kunst- und Unterhaltungsanstalten in Verbindung zu bringen zu wollen mit öffentlichen Anstalten der Stadt, ohne daß deren Körperlichkeiten und die von diesen Körperlichkeiten geschaffenen Einrichtungen (Aufführort und dergleichen) rechtzeitig und einsehend von all diesen Dingen unterrichtet wurden und endgültig den Plänen ihre Zustimmung gegeben haben. In einem Teil wird überdies in den Mittelpunkt der geplanten Festspielveranstaltungen die Feier des Berufs Jubiläums eines Berliner Theaterleiters gestellt, mit dem die Stadt Berlin schwere Differenzen auf steuerlichem Gebiete hat, die bis zum heutigen Tage noch nicht ausgeglichen werden konnten und dazu geführt haben, daß die Stadt Berlin Steuern verlor, die sie beanspruchen könnte, von diesem Theaterleiter nicht erzielt.

Als Begründung für die Durchführung dieser Veranstaltungen wird mit angeführt, daß sie eine Steigerung des Berliner Fremdenverkehrs und dadurch eine Belebung des Wirtschaftslebens Berlins bringen werden. Ein Vergleich der Ziffern der Belegung der Berliner Übernachtungsstätten in der Zeit der vorjährigen Fest-

spiele mit der gleichen Zeit des vorangegangenen Jahres läßt nur eine ganz unwesentliche Steigerung erkennen. Ein weiterer Hinweis, daß die Stadt Berlin mit diesen Dingen, die auf privater Grundlage durchgeführt würden, nichts zu tun habe, ist nicht stichhaltig, weil die Erfahrungen gelehrt haben, daß letzten Endes moralisch und schließlich auch in praktischer Wirkung die Stadt Berlin für das Ergebnis solcher Veranstaltungen verantwortlich bleibt und daß sie es überdies nicht hindern kann, wenn die finanziellen Grundlagen hierfür mit von Verantwortlichen geschaffen werden, die später, wie die Vergangenheit gelehrt hat, schärfster öffentlicher Kritik ausgesetzt waren. Diejenigen Verantwortlichen, die für solche Zwecke Geld zur Verfügung stellen wollen, können dies zweckmäßigere verwenden, wenn sie es für städtische Wohlfahrtswende und insbesondere für die städtische Erwerbslosenhilfe hergeben. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte beantragen wir:

1. Städtische Räume und Institutionen, auch solche, auf deren Tätigkeit die Stadt einen überwiegenden Einfluß hat, werden für Zwecke der diesjährigen sogenannten „Festspielwoche“ nicht zur Verfügung gestellt.
2. Der Magistrat wird ersucht, umgehendst in Vertretung mit dem Aufsichtsrat der Städtischen Oper und mit dem Aufsichtsrat des Pflanzgartenorchesters sich weitestgehend Einverständnis über die bisher vorbereiteten Pläne zu verschaffen und festzustellen, wie weit leitende Verantwortlichen städtischer Einrichtungen und Gesellschaften ohne Befragen der zuständigen Körperschaften hierbei tätig geworden sind.
3. Der Magistrat und der Aufsichtsrat der Städtischen Oper u. G. werden ersucht, im Rahmen der zwischen Städtischer und staatlicher Oper bestehenden Arbeitsgemeinschaft auf die Verwaltung der staatlichen Theater dahingehend einzuwirken, daß auch diese ihre Mitwirkung bei dieser eigenartigen Festspielwoche versagt.
4. Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich der Stadtkonferenzversammlung von den Ergebnissen der geforderten Feststellungen der Stadtkonferenzversammlung Mitteilung zu machen in einer Form, die der Stadtkonferenzversammlung vor Beginn der sogenannten „Festspiele“ eine Beschlußfassung ermöglicht.“

Urwahlen bei den Freidenkern.

Fort mit den Verderbern des Verbandes!

Am Sonntag, dem 9. März, von 9 bis 16 Uhr, finden die Urwahlen im Bezirk Groß-Berlin des Freidenker-Verbandes statt. Da die Anzahl der Mitglieder in Berlin fast 36 Proz. der Gesamtmitgliedschaft des Verbandes beträgt, hat diese Abstimmung eine große Bedeutung für die Zukunft und Existenz unserer Bewegung.

Eine Urwahl stellt in einer proletarischen Organisation die höchste Form der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechts der Mitgliedschaft dar. Sie gibt jedem die Möglichkeit, unbeflüßelt und unbeeinträchtigt durch irgendwelche Störungen mit zu entscheiden. Es liegt bei der Mitgliedschaft selbst, sich durch Wahlkraft durchzusetzen und von der Wahl im Voraus Recht zu bringen.

Der Verband hatte im Jahre 1922 einen Mitgliederbestand von 261 365, 1926 einen solchen von 417 460 und 1930 einen solchen von 590 033. Das bedeutet eine Zunahme von 328 668 Mitgliedern oder über 100 Proz. im Zeitraum von acht Jahren. Nach Abschluß der Inflationsperiode betrug das Verbandsvermögen rund 315 190,57 M., im Jahre 1929 aber fast das Zehnfache, nämlich 3 705 070,86 M. Diese Zahlen, die seit 1927 Jahr für Jahr von einer Treuhändergesellschaft überprüft und bestätigt worden sind, beweisen die großartige finanzielle Aufwärtsentwicklung.

Was hat die Opposition diesen großen, positiven, überzeugenden Tatsachen gegenüberzustellen? Halblüge Behauptungen und Verleumdungen und Herabsetzungen bewährter Mitglieder der gegenwärtigen Leitung, die den Verband aufwärts gebracht haben.

Die kulturpolitischen Aufgaben und Ziele werden aber nur dann gefördert werden können, wenn die Verbandsgeneratoverammlung aus Delegierten zusammengesetzt wird, die in einheitlicher ideologischer Gesinnung gemeinsame Arbeit leisten können. Die Tagung der Verbandsgeneratoverammlung wird umsonst sein, wenn nicht an ihrem Beginn das Ende der inneren Zerissenheit steht. Diese Voraussetzung zu schaffen, ist Inhalt und Ziel der Wahlen am 9. März. Wer die Freidenkerbewegung in diesem Sinne zukünftig gefördert wissen will, wählt am 9. März

Liste 1 Verbandsaufbau.

Kohlenstaubexplosion in Waggonfabrik.

Ein Feuerwehrmann schwer verletzt.

Nachen, 7. März.

In der Waggonfabrik von Goossens, Sochner u. Co. in Würfelien geriet der Inhalt eines Kohlenbunkers in Brand. Die Feuerwehr bekämpfte das Feuer, während die Arbeiter damit beschäftigt waren, den Bunker umzuwerfen. Bei dem Sturz der Kohlenmassen entwickelten sich mächtige Kohlenstaubwolken, die unmittelbar darauf eine große Kohlenstaubexplosion verursachten. Mehrere Sekunden lang waren die weiten Hallen in der ganzen Ausdehnung ein einziges Flammenmeer. Ein Feuerwehrmann erlitt schwere Brandverletzungen, einige andere wurden leichter verletzt. Auch der an der Brandstelle anwesende Bürgermeister wurde bei der Explosion verletzt.

Der Untergang der „Monte Cervantes“

Die Schiffseitung ohne Schuld.

Im Hamburger Straßensitzgebäude begann am heutigen Freitag vormittag vor dem Senat Hamburg die Verhandlung wegen des Untergangs der „Monte Cervantes“ im Beagle-Kanal sowie über den Tod des Kapitäns Dreper.

Ein Offizier erklärte über den Moment des Schiffsuntergangs: Kapitän Dreper stand mit seinem Sockel und einer Schwammweste im Arm an der Backbordseite und versuchte, an einem Lande an der Bordwand herunterzusteigern. Er fiel hierbei in das Promenadenbeck. Als der Kapitän sich dann an die Reeling klammerte, legte sich das Schiff schnell auf die Seite. Dreper verschwand dann in das Innere des Schiffes, in das die Meeresfluten mit ungeheurer Gewalt einströmten. Das Schicksal der „Monte

Cervantes“ war besiegelt, mit ihm das Schicksal seines Führers. Der Sachverständige Kapitän Pohlmann, der vor und nach dem Untergang für die Hamburg-Zeit in der argentinischen Küstengebiet tätig gewesen ist, die Feuerlandsfälle gut kennt und noch im vorigen Jahre dort gefahren hat, erklärte u. a., daß gegen die von der „Monte Cervantes“ gefahrenen Kurse keine Einwendungen erhoben werden könnten.

In dem gefällten Spruch heißt es: „An dem Aufstehen des Schiffes, dessen Kurs und Navigation nicht zu beanstanden sind, trifft den Kapitän Dreper und den ihm assistierenden Kapitän Hege keine die Schiffsoffiziere keine Schuld. Die schnelle und sichere Ausbuchtung der 1517 Passagiere und des größten Teils der 330 Mann starken Besatzung ist hoch anzuerkennen. Eine Nachprüfung der Wassertiefe in dieser Durchfahrt ist dringend zu wünschen.“

Weißenberg und der „Geist“ Bismarcks.

Kursowosky wegen Gotteslästerung verurteilt.

Weißenberg und seine Jünger sind in Moskau ständige Gäste geworden —, bald als Gäste, bald als Angeklagte. Gestern schmückte die Anklagebank der Heilmagnisieur, Geschäftsführer der Evangelisch-Lutherischen Kirche, verantwortlicher Redakteur des „Weißen Berges“, Kursowosky. Die Anklage lautete: Gotteslästerung, begangen durch einen Artikel vom 19. Nov. 1929 unter dem Titel „Fürst Otto Bismarck über Italiens Zukunft“. Das Geschriebene hatte zum Inhalt die Zusammenhänge zwischen Freimaurerei und Katholizismus und enthielt wüste Schimpfereien gegen den Papst. Das Papsttum, hieß es da, sei die in Fleisch und Blut verkörperte Idee des Satans; es gebe keinen größeren Diener der Hölle als den Papst. Der Papst sei der Diener und oberste Fürst des Abgrunds.

Wie der Artikel, so die Verteidigung des Angeklagten. Er hätte ihn nie gebracht, sagte er, wenn das Manuskript von Menschenhand hergerührt hätte. Es sei aber im Trancezustand des Mediums Frau Brande zustand gekommen und ihr von Bismarck selbst aus dem Jenseits diktiert. Davon zeuge auch die Unterschrift „Ich, Otto von Bismarck, mein, durch Gnade Gottes freier und gelöster Geist hat hiermit das Geheimnis des Freimaurertums und der katholischen Kirche darzulegen“. Er, Kursowosky, glaube an die Wirklichkeit dieser Offenbarung durch das Medium. „Nur siehe ich“, rief er nach berühmten Mustern aus, „ich kann nicht anders, Gott heiligt mich.“ Geschossen wurde ihm vom Gericht durch eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten zwei Wochen, an deren Stelle 1000 M. Geldstrafe treten solle. Die Urteilsbegründung lagte spöttisch, daß es dahingestellt bleiben mag, ob der Artikel von einem Medium stamme oder nicht, das ändere an der Tatsache der Verleumdung der katholischen Kirche nichts. Der Staatsanwalt hatte die Monate Gefängnis beantragt. — Das Medium dürfte nächsten vorsichtiger sein und nicht alles hinschreiben, was ihm Geistes vom Jenseits offenbaren und der verantwortliche Redakteur dürfte die Offenbarungen seines Mediums einer Zensur unterziehen.

Dr. Albert Kieckhefer 60 Jahre alt. Der Direktor der vorgehichtlichen Abteilung des Märkischen Museums, Dr. Albert Kieckhefer, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Kieckhefer, der aus Wollmannsdorf, Kreis Teltow, stammt, ist aus dem Volksschullehrerstand hervorgegangen. Er besuchte das Volkshochschulfeminar in Köpenick und studierte nach mehrjähriger Lehrertätigkeit und Erlangung des Reifezeugnisses in Berlin. Seine Forschungen über vorgehichtliche Siedlungen sind bekannt, ebenso die Ausgrabungen in Buch 1910 bis 1914, in Hofenfelde, Trebus, Reußhau (Kaltergrab); er entdeckte die germanischen Grabfelder zu Breddin, Groß-Rochnow und Wollschow (Hünengräber). Auch die Entdeckung der weiblichen Siedlung auf dem Bennigsdorfer bei Mittenwalde verdankt er ihm. Seit 1915 leitete er am Märkischen Museum ein vorgehichtliches Seminar, das von Lehrern aller Schulstufen besucht wird.

Das rumänische Artillerieministerium hat große, seit langer Zeit andauernde Schließungen drei höherer Offiziere und mehrerer Unteroffiziere aufzuheben. Es handelt sich hauptsächlich um Lieberverleihungen des Militärstützpunktes bei dem Warenbezug durch eine Privatfirma. Die Beschuldigten wurden verhaftet.

Ein verheerendes Inferno in der Ostsee. Am 12. März, die verheerendste Inferno mit unvorstellbarer Wut, die von der Ostsee her, unter Verleumdung eigener Mitmenschen, 12. März, 10 Uhr, im großen Saal des Kesselwerks Sternstraße stattfand.

Schacht als Reichsbankpräsident.

Tatsachen rechtfertigen den Rücktritt.

Dr. Hjalmar Schacht hat sein Amt als Reichsbankpräsident 6 1/2 Jahre lang innegehabt. Sein Rücktritt ist bezeichnenderweise ein politisches Ereignis ersten Ranges, das wie selten auch die politischen Leidenschaften bewegt. Das ist weniger der Fall im Ausland, wo man Dr. Schacht in erster Linie als einen Geschäftsmann Deutschlands ansieht, als im Inlande, wo sich in den letzten Jahren immer stärker und ausgeprägter Interessen der hochpolitischen und politischen Reaktion an seinen Namen und seine Person knüpften. Um so mehr ist es notwendig, daß in diesem politischen sehr bewegten Augenblick die Beurteilung Dr. Schachts sich an Tatsachen hält.

Die Berufung.

Dr. Schacht war im Herbst 1923 zunächst Währungs-Kommissar. Als der Reichsbankpräsident Dr. Hagenstein plötzlich starb, hat die Reichsregierung und insbesondere der Reichspräsident Ebert die Ernennung des Währungskommissars Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten durchgesetzt. Die Ernennung erfolgte gegen die Kandidatur Dr. Helfferichs, der von der Schwereindustrie unter Führung von Hugo Stinnes, den Banken mit der einzigen Ausnahme des Hauses Mendelssohn und vom Reichsbankdirektorium selbst als Nachfolger Hagensteins verlangt worden war. Am 17. November 1923 sprachen sich im Zentralkomitee der Reichsbank von zwölf Stimmen nur eine bzw. drei für Schacht und gegen Helfferich aus. Das Reichsbankdirektorium selbst erklärte in einer Eingabe an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder, daß „ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit Dr. Schacht nicht möglich“ sei. Dr. Schacht war damals Demokrat und gegenüber Helfferich und dem durch die Inflation kompromittierten Reichsbankdirektorium politisch und sachlich, besonders nach seiner Tätigkeit als Währungskommissar, der gegebene Mann für ein neues System, das nach der Inflation begann. Da Schacht nicht in erster Linie Reichsbankpräsident, sondern Politiker war, konnten sich die politischen Sympathien und Antipathien derart verteilen, wie es innerhalb dieser sechs Jahre geschehen ist.

„Verdienste“ um die Stabilisierung.

Dr. Schacht schreibt sich in allererster Linie das Verdienst zu, die Währung stabilisiert zu haben, und dieses Verdienst war auch der besondere Grund der jahrelangen Werthätzung Dr. Schachts im Ausland. Dieses Verdienst darf innerhalb Deutschlands, wo man etwas genauer zusieht, eingeschränkt werden, ohne daß man Dr. Schacht damit lauretzt tut. Nachdem die Währung nur noch als zwölfwöchiger Bruchteil des Parivertes existierte und nachdem das ganze Volk bereits in Gold rechnete (Fakturen in Gold, Goldscheine, Goldscheine, Goldscheine usw.), nachdem kein Mensch in Deutschland das Papiermarkgeld noch beachtete, brauchte die Stabilität irgend eines neuen Geldes, das Vertrauen finden sollte, nicht erst geschaffen zu werden. Das Verdienst an der Stabilisierung irgend jemanden zuschreiben zu wollen, ist infolgedessen zum mindesten eine sehr starke Uebertreibung.

Der Reichsbankpräsident.

Während der Tätigkeit Dr. Schachts als Reichsbankpräsident gab es zwei Augenblicke, in denen die deutsche Währung gefährdet wurde. Im April 1924 nach der Ausschüttung der Rentenbankkredite und im Mai 1929 während der Pariser Konferenz. In beiden Fällen hat Dr. Schacht die Gefahr zu spät erkannt und mußte von Außenstehenden an die Notwendigkeit von Kreditrestriktionen erinnert werden. Im Jahre 1927 war der berühmte schwarze Freitag der deutschen Börse, und zwar am 13. Mai. Dieser schwarze Freitag mit seinen Kursverlusten von mehreren Milliarden, von dem sich der deutsche Kapitalmarkt bis zum heutigen Tage noch nicht erholen können, war im wesentlichen die Folge einer notwendig gewordenen, aber zu lange verschleppten Diskonterhöhung. Die schärfsten Kritiker des Reichsbankpräsidenten waren damals der Reparationsagent Barter Gilbert und die Besinnlichkeit der deutschen Bankleier. Dr. Schacht hat selbst zugestanden, und zwar im Haushaltsausschuß des Reichstages, daß seine damalige Diskontpolitik fehlerhaft war.

Man kann reparationspolitisch zu der Auslandsanleihepolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht stehen wie man will. Sicher ist, daß die von Schacht seit 1927 durchgeführte, vom Enqueteausschuß als unrichtig, unwirtschaftlich und unzumutbar gekennzeichnete einseitige Politik gegen die öffentliche Wirtschaft gegen Ende auch sehr stark zur Herbeiführung der letzten schweren Wirtschaftskrise beigetragen hat. Nicht man aus diesen wenigen Tatsachen das Fazit für die Beurteilung Schachts als Reichsbankpräsidenten, so sind auf seine Verantwortung zurückzuführen: zwei Gefährdungen der deutschen Währung, eine bis heute noch nicht überwundene Erschütterung des deutschen Kapitalmarktes und zum erheblichen Teil die besondere Schwere der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression.

Dr. Schacht war auch Reparationspolitiker als Reichsbankpräsident.

Erlaubt man sich die Reichsregierung eine Verantwortung dafür, daß man Schacht auch offiziell mit reparationspolitischen Aufgaben betraut hat. Aber auch aus eigenem Entschluß hat Dr. Schacht spätestens seit 1925 Reparationspolitik gemacht. Weil er das als Reichsbankpräsident tat, gehört die hierbei von Schacht geprägte Rolle auch in die heute gebotene Würdigung Schachts. Schacht machte Reparationspolitik insbesondere bei den Pariser Verhandlungen im Frühjahr 1929, bei den Verhandlungen in Baden-Baden, bei den Haager Verhandlungen und neuerdings auch in Rom.

In Paris bezeichnete Schacht zunächst nur 800 Millionen Mark als Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit. Als er 1650 Millionen Mark zugestehen bereit war, mußte der Tod von Lord Rensdell die Sprengung der Konferenz verhindern. Bei 2050 Millionen Lohnleistung hat Dr. Schacht das Gutachten unterzeichnet. Die damalige Erschütterung der Währung steht nicht außer Zusammenhang mit der besonderen politischen Rolle, die Schacht aus eigenem Antrieb (Kolonialforderungen und Disfrage) auf sich nahm, in der Schacht bekanntlich von der Reichsregierung desavouiert werden mußte.

Auch in Baden-Baden hat Schacht das monetär-politische Konto Deutschlands insofern belastet, als es unter den Verhandlungsteilnehmern zum geflügelten Wort geworden war, daß der deutsche Notenbankleiter Dr. Schacht mindestens jeden Tag ein Ultimatum vorbringen mußte.

Die Ereignisse vor und während der Haager Verhandlungen, einschließlich der Veröffentlichung des Schachtschen Memorandums sind noch in frischer Erinnerung.

Die Ereignisse in Rom sind noch weitgehend ungeklärt. Man darf aber als feststehend annehmen, daß Dr. Schacht in Rom ein instimmiges Mißtrauensvotum seiner sämtlichen

Kollegen im Verwaltungsrat der Internationalen Zahlungsbank erhielt, als er seine ganze Kraft einsetzte, um die Wahl des französischen Notenbankdirektors Quésnay zum Generaldirektor der Bank für internationale Zahlungen zu verhindern.

Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, daß Dr. Schacht heute im Auslande nicht entfernt mehr das gleiche Vertrauen genießt wie früher, vor allen Dingen nicht in den Kreisen, mit denen Schacht in der Zukunft zusammenarbeiten gehakt hätte. Man dürfte ihm jetzt persönlich kühl, politisch mit reinem Mißtrauen und als Reichsbankpräsident mit geringerer Schätzung gegenübersehen, als früher. Für den Kredit Deutschlands im Auslande ist er, insbesondere nach der jetzt zu erwartenden endgültigen Reparationsregelung, die ja auch der Reichsbank

Die Wirkungen des Rücktritts.

Sitzung des Zentralkomitees. — Schacht selbst sagt: Die Währung ist unerschütterlich.

Auch für die gesamte deutsche Wirtschaft war der Rücktritt Schachts eine Ueberrraschung. Kein Wunder, daß er auf den verschiedensten Gebieten nicht ohne Wirkung blieb. Am unruhigsten reagierte natürlich das Volk auf der Börse, das ja weniger durch seine besondere Urteilskraft als durch den Willen ausgezeichnet ist, an Hausse und Baufe von Aktien zu profitieren. Für die Börse war der plötzliche Rücktritt, besonders solange man nur von „einem großen Ereignis“ munkelte, aber weder den Rücktritt selbst noch die Gründe konnte, ein Augenblick, in dem man sich aus immerhin möglichen Verlustgefahren — kein Mensch konnte die politische Tragweite des Ereignisses beurteilen — herausziehen wollte. So verkaufte zunächst alles und so stürzten gestern zunächst die Kurse um 8 bis 10 Punkte. Dabei muß man sagen, daß das wahrlich nicht sehr viel und sicher ungedeuer viel weniger ist, als am schwarzen Freitag 1927 an Kursstürzen zu verzeichnen war. An der bisherigen Refordberwertung der Reichsmark hat sich dabei kaum etwas verändert.

Inzwischen lagte im Gebäude der Reichsbank der Zentralkomitee, in dem Dr. Schacht zunächst die gestern bekanntgegebene Diskontsenkung begründete und dann auch die sensationelle Mitteilung von seinem beabsichtigten Rücktritt machte. In der Begründung der Diskontsenkung sagt Dr. Schacht, daß die Diskontsenkung der Entwicklung des deutschen und der internationalen Geldmärkte ebenso entspreche wie der günstigen Lage der Reichsbank selbst. Starker Rückgang des Notenumlaufs, starke Zustüsse von Gold und Devisen in den letzten Wochen, Verbesserung der Gold- und Devisenbedeckung der umlaufenden Noten, endlich die Zweckmäßigkeit der Kreditverbilligung für die Wirtschaft seien die Gründe, weshalb das Reichsbankdirektorium eine Herabsetzung des Diskonts auf 3 1/2 Proz. für gerechtfertigt erachtet. Hier hat Dr. Schacht selbst die Gründe angegeben, weshalb die deutsche Währung gegenwärtig so fest steht wie nie und zugleich auch fest, wie unklar jedoch Zweifel günstig die Lage der Reichsbank anzusehen ist. Sollten deshalb in den nächsten Tagen — es gibt ja leider noch eine Hamburger Presse, die schon einmal die tollsten Gerüchte verbreitet hat — irgendwas die Währung schlecht zu machen versucht werden, so soll der deutsche Staatsbürger sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Dr. Schacht selbst, der jetzt zurücktritt, ist dafür noch einmal der gewichtigste Zeuge gewesen, er hat nämlich am gestrigen Tage einem amerikanischen Journalisten gegenüber auf die Frage hin, ob es berechtigt sei, an irgendeine Gefährdung der Währung zu denken, klipp und klar geantwortet, daß die Sicherheit der deutschen Währung unerschütterlich fest steht.

Wir sagen das nicht zur Beruhigung, weil wir eine Beruhigung für notwendig halten, das wäre lächerlich, sondern deshalb, weil es Kommunisten, weil es Nationalsozialisten, weil es Jugenberg-Beute gibt, die aus der gegenwärtigen Situation Kapital schlagen, um urteilsfähige Staatsbürger, die mit Recht voller Sorgen an die Inflation zurückdenken, für ihre dunklen politischen Zwecke einzufangen.

Auch für die gesamte Wirtschaft wird die gegenwärtige Beruhigung, selbst wenn sie sich auch im Auslande zeigen würde, eine schnell vorübergehende sein. Der Kredit Deutschlands im Auslande beruht nicht auf bestimmte Personen, wie etwa Dr. Schacht, sondern auf dem Vertrauen in den deutschen Kaufmann und den deutschen Arbeiter, die seit 1924 Deutschland wieder hochgebracht haben. Man kann die Welt auch als eine Börse ansehen, die zunächst unruhig wird, bis wieder absolut klare Verhältnisse gegeben sind oder wenigstens der klaren Verhältnisse so schnell als möglich zu schaffen, deutlich erkennbar vorhanden ist. Das aber ist eine Frage der Reichspolitik, zu der wir das Vertrauen haben, daß sie weiß, was für der deutschen Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick schuldig ist.

Glanggewinne trotz Werftkrise.

Deutsche Werft steigert Dividende von 6 auf 8 Prozent.

Von der schweren Arbeitstriebe, unter der die Hamburger Werftarbeiter seit Jahr und Tag zu leiden haben, ist bei dem jetzt veröffentlichten Abschluß des zweitgrößten Hamburger Schiffbau-Unternehmens, der Deutschen Werft, nichts zu spüren. Das Unternehmen konnte seinen Betriebsergebnis für 1929 von 1,32 auf 1,67 Millionen steigern und weist trotz erhöhter Abschreibungen auf die Anlagen einen Reingewinn aus, der mit mehr als einer Million um fast 40 Prozent über dem Gewinnergebnis des Vorjahres liegt. Dementsprechend wurden auch die Aktienkursgewinne von 6 auf 8 Proz. heraufgesetzt.

Auch die Bilanz beweist, daß es der Deutschen Werft glänzend geht. So ist der Posten „im Bau befindliche Schiffe“ von 10,3 auf 13,7 Millionen und die Anzahlungen der Besteller von 11,3 auf 21,8 Millionen gestiegen, ein Zeichen, daß der augenblickliche Beschäftigungsgrad denkbar günstig ist. Ganz auffallend hat sich der Stand der flüssigen Geldmittel verbessert. So ist das Bankguthaben, das vor zwei Jahren nur eine halbe Million ausmachte, im letzten Jahr von 3,6 auf rund 8,9 Millionen angewachsen. Auch die übrigen Forderungen haben sich mit rund 6,2 Millionen verdoppelt. Demgegenüber werden am laufenden Schanden nur 3,8 Millionen ausgewiesen.

Nach dem Geschäftsbericht hat die Werft von der großen Zahl der Tankschiffneubauten, die von ausländischen Reedern im Laufe der letzten Monate vergeben wurden, fünf Schiffe mit einer Länge

Ihre bisherigen reparationspolitischen Aufgaben räumt, wahrscheinlich überflüssig.

Wissenschaftliche Qualitäten

sind für einen Reichsbankpräsidenten nicht ganz unnötig. Die Beurteilung in dieser Richtung ist nicht günstig. Wir zitierten dafür die sehr kritische und sehr abprechende Kritik von Prof. Dr. Adolf Weber im Dezember 1927, die verurteilenden Urteile des Enqueteausschusses über die Politik der Auslandsanleihe vom Herbst 1929 und die Diskussionen zwischen Dr. Hifferding und Dr. Schacht im Haushaltsausschuß des Reichstages 1927, die den Reichsbankpräsidenten ziemlich bloßstellte. Wir wissen, daß der ausländische Notenbankkommissar Prof. Bruins Dr. Schacht einmal darauf hinweisen mußte, daß die Richtigkeit einer Theorie nicht von dem Befehl der Umstände abhängig gemacht werden dürfe.

Wir haben gelegentlich der Veröffentlichung des Memorandums hinsichtlich des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die Frage gestellt, wie lange das Regime Schacht noch dauern sollte. Wir glauben, in den obigen Feststellungen ausreichend dargetan zu haben, daß der eigene Rücktritt Schacht mit dem von ihm selbst geschaffenen Tatsachen nicht im Widerspruch steht.

fähigkeit von 10 000 bis 14 000 Tonnen in Auftrag erhalten. Zusammen mit den übrigen noch in Arbeit befindlichen Aufträgen decken diese Bestellungen den Arbeitsbedarf an Schiffneubauten für mehr als ein Jahr. Unter diesen Umständen werden auch die Großaktionäre der Gutehoffnungshütte und des Berliner AGB-Konzerns sowie der rechtsradikale Schiffsbauer, Direktor Gotz ihrer Belegschaft nicht mehr mit dem alten Märchen der Verdienstlosigkeit kommen können.

Gegen die Agrardemagogie.

Eine wertvolle Veröffentlichung des Landarbeiterverbandes

Es ist eine alte Sache, daß in der Landwirtschaft viel geklagt und Forderungen oder Anträge auf steuerliche Entlastung oft mit demagogischen Behauptungen begründet werden. Es ist daher ein Verdienst des Vorsitzenden des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Genossen Georg Schmidt, daß er in Heft 28 der Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes „Fakten und Schlagwörter der Agrarinteressen“ diesen Entstellungen in gründlichen Ausführungen entgegentritt. In erster Linie zeigt er die vielen Widersprüche, die sich in den verschiedenen Verschuldungserhebungen der Landwirtschaft immer wieder offenbaren, auf und weist Uebertreibungen der Landwirtschaft über ihre Steuerlastung und die durch Steuern verursachte Verschuldung scharf zurück.

Besonders interessant sind die dokumentarischen Veröffentlichungen des Genossen Schmidt über die völlig verfehlte Kreditpolitik des Reichsbankpräsidenten nach der Inflation. Gerade diese leichtsinnige Kreditpolitik hat viel zu der Katastrophe mancher ostfälischer Betriebe beigetragen, zu einer Verschuldung, mit der einige Jahre später wieder vom Landbund als Zeichen der Rot Propaganda für Agrarforderungen gemacht wurde.

Sehr wertvoll sind auch die statistischen Angaben über die Entwicklung der Spareinlagen in Ostpreußen. Demnach nämlich in Ostpreußen die wirtschaftliche Lage immer besonders schwarz gemalt wird, zeigt diese Statistik, daß die Spareinlagen in Ostpreußen in den letzten Jahren bereits einen höheren Prozentsatz der Volkseinkünfte erreicht haben als im übrigen Reich. Mit 125 Millionen Mark haben die beiden Verbände des Reichs in dieser Provinz gegenüber den Gesamteinkünften des Reichs einen günstigeren Prozentsatz erreicht als vor dem Kriege. Wichtig sind auch die ausführlichen Zusammenstellungen über die vom Reich und Staat für die Landwirtschaft gewährten Kredite und Unterstellungen. Dabei zeigt es sich, daß diese trotz Finanzschwierigkeiten bereitgestellten Mittel seit der Inflation in die Milliardensummen gehen.

Davon sagt allerdings der Landbund draußen im Lande seinen Mitgliedern nichts. Ein verständnisloser Kampf gegen den neuen Staat mit Demagogie ist freilich leichter als eine sachliche Würdigung alles dessen, was der neue Staat im Gegensatz zur Konarchie vor dem Kriege, die für die Landwirtschaft in ganzem herzlich wenig hat, geleistet hat. Der Genosse Schmidt bietet uns für den Kampf gegen diese politische Verheugung und für sachliche Aufklärung in Stadt und Land in seiner Schrift wertvolles Material.

Entlarvte Hege.

Die Feinde der Konsumvereine müssen berichtigt.

Wochenlang hat die den Konsumvereinen feindlich gesinnte Unternehmer- und Händlerpresse, um Mißtrauen in die Arbeiterklasse zu säen, sich von der Behauptung genährt, die Fabriken der Großhandelsfirmen der Deutschen Konsumvereine nähmen den deutschen Arbeitern dadurch das Brot weg, daß sie für Millionen Summen Maschinen und Apparate im Ausland bestellten. Nach einer Mitteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine war jetzt „Rosers juristische Korrespondenz“ gezwungen, folgende Berichtigung bringen zu müssen:

Durch die Zeitungen ging vor einiger Zeit eine Mitteilung, wonach die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg viele Arbeiter brotlos gemacht habe, indem sie Millionenaufträge für den Bau einer Mühle und für Anschaffung von Fleischermaschinen nach dem Auslande vergeben habe, anstatt deutsche Firmen mit den Lieferungen zu beauftragen. Nach unserer Kenntnis der Tatsachen liegt der Fall gerade umgekehrt. Die Maschinen für den Mehlbau — ein mehr als 2-Millionen-Auftrag — liefert eine Dresdner Firma, infolgedessen vollständig geschützte Holzmaschinen, die allerdings in der Schweiz hergestellt werden, wofür sich das Stammhaus der Firma befindet. Die Holzmaschinen machen aber nur etwa den zehnten Teil des Auftragswertes aus, wofür sich die Firma in Dresden verpflichtet mußte, andere deutsche Spezialmaschinen nach der Schweiz zu exportieren. Eine Fleischerei baut die Großhandels-Gesellschaft überhaupt nicht, sondern der Dresdner Konsumverein. Hierfür will sie die amerikanischer sogenannten Toledo-Waagen an schaffen, die aber nicht in Amerika, sondern von der Niederlassung der amerikanischen Firma in Köln hergestellt werden und überaus als zur Zeit anerkannt beste Reinigungsmaasagen in großem Umfang, u. a. auch von der Reichsbahn, benutzt werden. Also nicht brotlos hat die Großhandels-Gesellschaft die Arbeiter gemacht, sondern Hunderten von Arbeitern für einige Monate Lohn und Brot zugeführt!

Wir sind selbst den übertreibenden und läugerischen Behauptungen schon früher scharf entgegengetreten. Die Hoffnung haben wir natürlich nicht, daß die Unternehmer- und Händlerpresse diese ins Unrecht setzende Berichtigung auch abdrucken wird, denn wer von der Hege leben muß, der kann ja auf die Hege und die Lüge auch dann nicht verzichten, wenn er überführt wird. Der Arbeiterkampf wird freilich mit läugerischen Behauptungen in der Zukunft nicht mehr imponiert werden können.

Karel Capek: Die Zeit vergeht

Die Zeit vergeht so schnell. Kaum hat man sich des Morgens zur Arbeit gesetzt, schon ist die Stunde da, die uns zum Abendbrot ruft. Es kommt die Nacht, und es ist dir nicht gedünnt, deine wirren Träume aufzufangen, denn schon ist es wieder Zeit, den neuen Tag zu beginnen. Und ich tu dich verstaubt, mußt du dich gewöhnen, eine neue Jahreszahl auf deine Briefe zu setzen und dabei ist es dir, als lästest du dich erst gestern an den Reimer am Ende des Datums gemöhnt.

Ich weiß nicht, wie es kommt, aber in meinen jungen Jahren war der Tag viel, viel länger. In meinen Bubenjahren war er geradezu endlos. Er war wie ein weiter See mit noch nicht durchforschten Ufern. Am Morgen schiffte man mit vollen Segeln hinaus und konnte das Ende einer Stunde nicht absehen, so groß und feierlich war ihrer jede. So ein Kinderdag gleicht einer Fahrt über den Ozean, einem Stageszug, einem langen Leben voller Abenteuer und Entdeckungen; er ist inhaltsreich wie die Klade, reich und unermesslich wie die Höhle von „Alf Baba und den vierzig Räubern“. Die damaligen Freuden und Leiden vermog ich zu begreifen, aber ich begreife absofut nicht, wo ich die Zeit zu ihnen hernahm. Wenn ich heute versuchen wollte, mit dem Bogen zu schießen — ich glaube, der Mittag würde mich früher überraschen, ehe ich ordentlich damit angefangen hätte. Demals aber hatte ich zwischen Frühstück und Mittagessen genügend Zeit, eine Ikonostase mit dem Biell zu zerbrechen, mich an Pfaffen zu überlassen, einige Kämpfe mit feindlichen Stämmen zu bestreiten, in der Krone eines Baumes die „Geschlossene Tafel“ zu lesen, in der Scheune die Fledermaus zu tauchen, ein nachträgliches Kopfstück zu empfangen, Grillen in eine Zündholzschachtel einzufangen, an verbotenen Stellen zu haben, über Jänne zu kettern, alle benachbarten Handwerker aufzusuchen und zuzug-

schauen, wie sie es machen, und noch eine ganze Reihe von Raubzügen, Gefahren und Heldentaten zu unternehmen. Reiz, da gib's keinen Zweifel: die damalige Zeit war wenigstens zehnmal so lang als die heutige.

Und als dann nach Jahren meine Lorbeeren und mein Lebenshorizont wuchsen, waren die Möglichkeiten eines einzigen Tages einfach unendlich und unerschöpflich: Weisheit an der Brust der Propheten saugen; zum Fenster der ersten Liebe laufen und lange davor stehen bleiben; Verse schreiben; träumen, schlendern, tanzen; täglich die Auslagenlisten von zehn Antiquaren müstern; lesen, lesen, lesen und die Zeit auf zehnerlei Art vergeuden. Wie ist es möglich, daß für so viele aufregende Dinge ein einziger Tag genügt? Ich versuche es, über dieses Rätsel nachzudenken. Ich glaube nicht, daß ich anders geworden bin, eher, daß die Zeit eingeschrumpft ist.

Wahrhaftig, nun wird es schon wieder dunkel. Der Tag ist verfliegen, der Teufel weiß wohin. Er hat mir nichts Neues gebracht, nichts gegeben, überhaupt nicht gedauert. Vielleicht hätte ich dieses oder jenes tun, irgendwohin gehen, etwas genießen, etwas anschauen können — aber es blieb mir keine Zeit dazu.

So ist wieder ein Tag dahin und hat nichts zurückgelassen als diesen Kaffee auf meinem Tisch. Bald ist wieder ein Jahr dahin, um das Alter und die Größe der eigenen Herkunft zu erweisen, die Jahre sind kurz, immerhin jedoch geschieht ein Stück Arbeit in ihnen. Man lebt weniger, aber man arbeitet mehr. Und wenn sie auch nicht viel wert war, die Arbeit — es war doch wenigstens Arbeit.

Und wenn du denkst, daß du deine Tage versterst, habere nicht, vielleicht hast sie nicht verloren, sondern verschont!

(Deutsch von Hans Kerschbaur.)

Von der Schatzkammer zum Museum Wandlungen des Sammeltriebes

Die Hundertjahrfeier der Gründung des Berliner „Alten Museums“, die in diesem Jahre begangen wird und durch die vor kurzem eröffnete Rembrandt-Ausstellung eingeleitet wurde, ruft uns einen Markstein in der Entwicklung der Museen in die Erinnerung. Mit der Schöpfung des Berliner Museums und der Münchener „Glyptothek“ liegt der historische Gesichtspunkt beim Sammeln von Kunstwerten, und die deutschen Museen wurden in dieser wissenschaftlich-historischen Methode und der strengen Spezialisierung für die anderen Museen Europas Vorbildlich. Der Sammeltrieb wohnt ja dem Menschen von Anbeginn inne und hat unzahlige Wandlungen erfahren, bevor er sich in den Formen des modernen Museums ausdrückt. Mit diesen Wandlungen beschäftigt sich der Generaldirektor der Preussischen Museen Wilhelm Waegboldt in einem inhaltsreichen Aufsatz der „Preussischen Jahrbücher“.

„Was wird heute nicht alles gesammelt!“ ruft er aus. „Von den Stalpen des Karol-Museums in Kadoobal bis zu den Raschinen des Deutschen Museums in München, von dem Museum historischer Krüge im Staate New York bis zum Kriminalmuseum in Berlin. Vom Anopiummuseum bis zum Museum für Leibesübungen gibt es kaum ein Bereich schaubarer Dinge, das nicht in ein Museum einbezogen wäre. Sollte der Plan eines Museums der menschlichen Zivilisation am Sitz des Völkerbundes in Genf Gestalt gewinnen, so dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, da man ein Glasbad über die Erde spannt und so endgültig das Universalmuseum schafft.“ Am Anfang des menschlichen Sammeltriebes steht die Schatzkammer. Der Lieber, Schätze zu sammeln, ist die älteste Sammelart, mag sie nun in den Perlenkammern der ägyptischen Herrscher von Benja, in den Schatzkammern des Schahs von Persien und der indischen Fürsten oder in dem märchenhaften Juwelenmuseum des Amerikaners Thompson bestehen. Lebendige Museen seltener Menschenspezies stellen die Weibersammlungen der Negersfürsten von Warri ebenso gut dar wie die Sammlungen von Zwergen, die sich italienische und spanische große Herren der Renaissance anlegten. In den Zeiten der ältesten Kultur waren die Gräber solche Museen von Beigaben; man braucht nur an das nordliche Osterberg-Schiff zu denken, dessen Inhalt ein ganzes Staatsmuseum des Museums von Oslo füllt, oder an die Wunder der altägyptischen Grabstätten wie des Tutankhamon-Grabes. Schatzkammern finden sich auch an allen Kultstätten und die antiken Tempelbezirke waren ebenso Museen des Schönsten und Kostbarsten wie etwa heute der Tempel von Nora in Japan. Diese Schatzkammern an heiligen Stätten finden ihre Fortsetzung in den Straßen des Mittelalters.

In diesen Schatzkammern herrschte überall der Begriff des Kostbaren und Seltenen. Weil es Seltenheiten waren, stiftete Hanno dem Tempel von Karthago Sicilobaldige, Augustus sammelte solche Knochen und noch heute hängen in so manchen Domen Postiken, denen sich andere Kuriositäten zugesellen, wie sie in den mittelalterlichen „Kunst- und Naturalienkabinetten“ aufgehängt wurden. In diesen Sammlungen tritt an die Stelle der Schatzkammer die Erkenntnisgüter. Als „Lurios“ galt ja im Barock nicht etwa das Wundersame, sondern alle Wertmüdigkeiten, die der Wissenschaft Rätsel aufgaben. So sammelte man denn allen möglichen „Urnäthoraxtal“ in diesen Museen oder Wunderkammern, denen sich andere Kuriositäten zugesellen, wie sie in den mittelalterlichen „Kunst- und Naturalienkabinetten“ aufgehängt wurden. In diesen Sammlungen tritt an die Stelle der Schatzkammer die Erkenntnisgüter. Als „Lurios“ galt ja im Barock nicht etwa das Wundersame, sondern alle Wertmüdigkeiten, die der Wissenschaft Rätsel aufgaben. So sammelte man denn allen möglichen „Urnäthoraxtal“ in diesen Museen oder Wunderkammern, denen sich andere Kuriositäten zugesellen, wie sie in den mittelalterlichen „Kunst- und Naturalienkabinetten“ aufgehängt wurden. In diesen Sammlungen tritt an die Stelle der Schatzkammer die Erkenntnisgüter. Als „Lurios“ galt ja im Barock nicht etwa das Wundersame, sondern alle Wertmüdigkeiten, die der Wissenschaft Rätsel aufgaben. So sammelte man denn allen möglichen „Urnäthoraxtal“ in diesen Museen oder Wunderkammern, denen sich andere Kuriositäten zugesellen, wie sie in den mittelalterlichen „Kunst- und Naturalienkabinetten“ aufgehängt wurden.

Erst als die Schatzkammer über die Erkenntnisgüter triumphierte, lösten sich die Kunstmuseen von den Naturalien- und Kuriositätenkabinetten. Das geschah zuerst in Italien, wo der ästhetische Sinn in der Renaissance reich erblühte. Man bestellte Andachtsbilder für den Hausgebrauch, Gemälde als Brautgeschenke und die fürstlichen Familien schufen die ersten Gemädegalerien, denen sich dann die Sammlungen Albrechts V. von Bayern und August des

Starken in Dresden angeschlossen. Noch aber war die Schmuckbedeutung ausnahmslos, und um einen Saal mit Bildern von den Wänden bis zur Decke auszugleichen, wurden kostbare Gemälde beschlitten, angehängt usw. Für den historischen Sammeltrieb war dann eine andere Eigenschaft wichtig, die Ruhmgüter. Man wollte alle möglichen Dokumente und Bildnisse zusammenbringen, um das Alter und die Größe der eigenen Herkunft zu erweisen. So entstanden Bildergalerien, und in den fürstlichen Galerien verband sich mit der Schaulust das Ruhmbedürfnis, bis dann endlich die historische Bedeutung der Kunstwerke sich immer mehr herpor-drängte, die Bilder nicht mehr als „prachtvolle Tapeten“, sondern als Dokumente der Kunstgeschichte galten und, nach „Schulen“ angeordnet, aufgehängt wurden. Dieser geschichtliche Gesichtspunkt erhielt eine gewaltige Belebung durch die großartigen Raubzüge Napoleons, der in dem „Museum Napoleons“ eine Ruhmeshalle seines Geschlechts und zugleich ein europäisches Zentralmuseum schaffen wollte. Im Laufe dieser Entwicklung wurde dann das „Alte Museum“ in Berlin vor 100 Jahren geschaffen; aber seitdem sind noch andere Sammlungsformen neben die geschichtliche getreten, die pädagogische, die den Lerntrieb in den Mittelpunkt stellt, und die sich in der Verbindung der Kunstsammlungen mit Kunstschulen und Akademien äußerte. Heutzutage lenkt man, des Spezialisierens überdrüssig, auf einer höheren Ebene wieder zu dem Universalgedanken des Barock zurück und sucht der philosophischen Idee im Museumsbetrieb Geltung zu verschaffen.

„Der philosophische Gedanke“, schließt Waegboldt, „sollte die Museen aus der Enge einer rein ästhetischen Haltung befreien, er sollte der historischen Ordnung eine Ordnung nach Werten entgegenstellen wagen und die „verstreuten Glieder“ der künstlerischen Erscheinungswelt in einer Zusammenfassung alles wahrhaft Gestalteten zusammenfassen.“

Heinrich Hemmer: Spiel mit dem Tode

Ich bewohnte eine geräumige Kabine neben dem Speisezimmer, lag den größten Teil des Tages in der Koje und blühte abwechselnd in das Stille Weltmeer und einen schwarzgebehteten Band, den ich mitführte: Schopenhauers Gedanken über den Tod. „Der Tod“, sagt Schopenhauer, „geht uns nicht an. Solange wir sind, ist der Tod nicht, und wenn der Tod ist, sind wir nicht.“ Ich fühlte mich geborgen in dem alten Kasten, ein „Dampf-amer“, auf dem ich fuhr, das heißt ein „Seewagen“, der mich Vandoogabunden für 3 Mark den Tag von Seattle nach Kobe führte, wogin wir eine Schiffsladung amerikanischer Riesenfische transportierten, aus denen kleine Japanerhäuschen entstehen sollten.

Wenn ich mit Besten raffen hätte, kloppte ich die „Gedanken über den Tod“ zu, sprang aus der Koje und legte mich an meinen Platz neben den kleinen irischen Kapitän mit dem roten Haar und blauen Gesicht, der wie ein billiger Hund knurrte, wenn man zu ihm sprach. Gegenüber saßen die zwei Strucreute, jeder mit einem Watrohbart. Es wurde geessen: Gepökeltes, Gefalzenes, Geräuchertertes — gesprochen wurde kein Wort dabei. Vierzehn Tage lang sahen wir launlos beisammen, dann beschloß ich, dieses brummige Schweigen zu brechen. Am Sonntag beim Abendessen richtete ich unermüdet höfliche Fragen an den Kapitän und die Watröffer und zwang sie, mir zu antworten. Schon dachte ich, ich hätte aus drei alten Seebären umgängliche Menschen gemacht, da —

Um Ritterschaft wurde ich durch einen fürchterlichen Knack aus dem Schlaf geschreckt. „Der Tod geht uns nichts an!“ rief ich, um mir Mut einzusprechen. Der alte Kasten trachte in allen Fugen. Ich sprang aus der Koje und lief wackelnd nach vorn. Alles still, bis auf das Gerumpel der Maschine. Kein Mensch an Deck. Kurze, schorrigeste Wellen zogen vorüber, wie man sie auf alten holländischen Marimebildern sieht. Das Schiff mußte auf zwei Wellen gestanden haben und in das Wellendal hinuntergeplumpft sein. Er war noch ganz, der alte Kasten. Ich legte mich wieder in die Koje.

Neue erbliche Eigenschaften Züchtungsversuche

Im Institut für Züchtungsforschung in München wird jetzt Versuche durchgeführt, die für die Tier- und Pflanzenzüchtung, aber auch für die Heilkunde bedeutungsvoll zu werden versprochen. Durch die experimentelle Erzeugung neuer erblicher Eigenschaften. Diese Versuche knüpfen an die bekannten Arbeiten Prof. Ernst Baur, des Leiters des Instituts für Züchtungsforschung in Berlin-Dahlem und an die amerikanischen Experimente mit der Taufliege an. Wie Dr. Hans Stubbbe vom Münchener Institut in den „Forschungen und Fortschritten“ ausführt, können ja bei vielen Tieren und Pflanzen Formen auftreten, die von ihren Eltern und Geschwistern verschieden sind, und da ergibt sich häufig, daß diese Eigenschaften nicht auf einer Neukombination aus Grund von Kreuzungen beruht, sondern etwas wirklich Neues ist. Man nennt sie eine spontane Mutation, wenn sie erblich ist, sie kann dann mit jedem beliebigen anderen Merkmal durch Kreuzung kombiniert werden. Die meisten dieser Fälle beruhen auf Veränderung in der Konstitution des Zellkernes: an einer bestimmten Stelle findet in einer bestimmten Schleife der Kernsubstanz eine chemische Umstellung verwickelter organischer Verbindungen statt, oder einzelne Nucleinsäuren gehen ganz verloren oder sie verdoppeln sich. Die Ursachen waren lange Zeit unbekannt. Kennt man sie, so könnte man durch künstliche Einflüsse den Prozentsatz der Mutationen willkürlich erhöhen und die theoretischen Vorstellungen von der Natur und der Entstehung neuer Eigenschaften erweitern, aber auch der Tier- und Pflanzenzüchtung einen praktischen Weg zeigen.

Nach Baur's ersten Versuchen über die Erzeugung von Mutationen an niederen Organismen konnte besonders, H. J. Muller an der Taufliege und einigen Pflanzenobjekten den Prozentsatz der Mutationen durch Radium- und Röntgenstrahlen sehr steigern. Nach Baur's gleichzeitige Versuche am Gartenläwenzahn am Dahlemer Institut mit chemischen und physikalischen Reizmethoden verliefen positiv. Der Prozentsatz der spontanen Mutationen in den vielen Sippen, die beim Gartenläwenzahn bearbeitet werden, ist ganz verschieden hoch. In einer Sippe wurde infolge der Behandlung eine außerordentliche Zunahme der Variationen in der Nachkommenschaft beobachtet. Doch wirken die Reizmethoden wesentlich verschieden auf Tier und Pflanze. Bei der Taufliege wird eine Veränderung im Bau der einzelnen Kernschleife hervorgerufen, an Pflanzen aber Variationen, die wesentlich in einer Veränderung des Protoplasmas begründet zu sein scheinen.

Nur in seltenen Fällen zeigen die experimentell behandelten Pflanzen selbst schon Veränderungen, im allgemeinen meist erst die Nachkommenschaft, die erste oder zweite, die aus Selbstbestäubung entstanden ist, einen sehr hohen Prozentsatz von Abweichungen auf. Besonders wirksam erweisen sich Radium- und Röntgenstrahlen, bestimmte Chemikalien, z. B. Arsenverbindungen, und abnorme Temperaturen. Die Pflanzen werden im Knospentadium behandelt, aber auch als Samen und Keimlinge. Die Bestrahlung junger Knospen, durch die Pollen und Eizelle beeinflusst werden, erscheint besonders wirksam. Die Abweichungen, die zweifelslos durch die Reaktionen entstehen, betreffen hauptsächlich die Form der Laubblätter, doch treten auch viele Zwergeformen, Veränderungen an Blütenorganen und dunkelblättrige Pflanzen auf. Sehr viele Pflanzen erscheinen zunächst völlig normal, zeigen aber bei der Blütenbildung stark gestörte Fruchtbarkeitsverhältnisse, ja, so weit, daß die Pflanzen für beide Geschlechter steril sind.

Diese Untersuchungen haben außer ihrem züchterischen Wert offenbar hohe Bedeutung auch für die Heilkunde des Menschen. Manche der heute üblichen Methoden von Untersuchung und Behandlung, Röntgenbestrahlungen etwa zum Zwecke der Sterilisation aus Zeit, oder die Anwendung von Giften wie Arsenpräparaten, schaden gewiss dem Behandelten nicht oder nur wenig, bergen aber vielleicht eine große Gefahr. Denn jene Untersuchungen ergeben, daß bei völlig gesunden Eltern erst in der Nachkommenschaft noch Jahren erbliche Störungen in der Konstitution von Chromatin und Plasma im Zellkern auftreten können. Jedenfalls ist nötig, diese Experimente weiter auszubauen und allmählich die Wirkung jener Behandlung genauer kennen und beherrschen zu lernen.

Heinrich Hemmer: Spiel mit dem Tode

Seelenvergnügt erschien ich am nächsten Morgen zum Frühstück: da gib't Speck und Eier, aber die Seebären sahen mir ominösen Miene an. Nach langem Fragen zog ich die bittere Wahrheit aus ihnen heraus...

Wir sind nicht hinuntergeplumpst, wir sind aufgefahren. Von fern her schimmern runde und längliche Kieselsteine, wie man sie auf der Karte gezeichnet sieht: die Klippen. Wir sind mitten im Pazifischen Ozean. Ich sehe nicht mehr in das schwarze Sud. Ich spüre Schach mit dem zweiten Ingenieur in seiner Kabine, wo er drei Bräute hängen hat, alles Schottinnen. Mein Herz krampt sich zusammen, als draußen das eine Watroh fragt: „Geht sie noch, geht die alte Pumpe noch?“ Wir haben ein großes Ged. Seit Mitternacht wird Wasser geleert...

Dann kam der Moment, wo die alte Venze versagte. Wo ich meine Habseligkeiten zusammenraffen und ins Rettungsboot tragen mußte. Bald baumelte ich, ich allein im kleinen Boot ins Meer hinaus. Die Mannschaft mußte ausharren bis zum letzten. Ich, der Passagier, sollte nach der nächsten Insel zu rudern versuchen mit Propriet für 20 Personen auf 3 Tage, der vorkaribemäßig im Kiel verstaub lag. Den Schopenhauer warf ich ins Meer. Ich hatte jetzt meine eigenen Gedanken über den Tod. Noch einmal blühte ich zu den am Schiffsrand versammelten Gesichtern auf, den letzten, die ich sehen sollte für lange, lange Tage — wohl für immer. Ach, es ist besser, gemeinsam ins Helldengrab zu sinken, als elend zugrunde zu gehen auf einem einsamen Kieselstein, mitten im Meer. Meine Augen wurden feucht. Von oben herab erschallte ein letztes Lebewohl...

Rein, das ist kein Lebewohl. Es ist ein Höllengelächel. Ein Indianergeheul. Ich solle versprechen, keine weiteren Tischgespräche zu führen, rief man mir ins Boot hinab. Dann würde ich wieder an Bord gezogen. Wo waren wir doch bloß hinuntergeplumpst. Mein Herz hüpfte. Der Schopenhauer kam mir schon fernher.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 6. März, Reichsbanner, Reichsbanner, Reichsbanner...

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonnen Berlin. 6. März, Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonnen Berlin...

Veranstaltungen am Sonntag und Montag. 6. März, Veranstaltungen am Sonntag und Montag...

Freiwillige Feuerwehr, Sonntag, 11. März, Freiwillige Feuerwehr, Sonntag, 11. März...

Theater, Lichtspiele usw.

Sonntag, 8. 3. Staats-Oper. Unter d. Linden. 10 Uhr. La Traviata.

Wintergarten. 8.15 Uhr. 2019 Stunden erlöst. Golda mit neuen Illusionen.

Staats-Oper. Unter d. Linden. 19.15 Uhr. Lebendes Orest.

Volksbühne. Theater an Wilhelmplatz. 8 Uhr. Amnestie.

SCALA. Tägl. 5 u. 8 Uhr. Gastspiel Erik Corow.

Deutsches Theater. D 2 Waldmann 5281. Tägl. 8 Uhr. Der Kaiser v. Amerika.

Circus Carl Hagenbeck. Busch-Gebäude. Die 5 Swan-Rings.

Kammerspiele. D 2 Waldmann 5281. 8 Uhr. Der Kandidat.

225 x 3 Muskietiere = 100000 Besucher. Fest-Vorstellung.

Metropol-Th. 8 Uhr. Das Land des Læbeins.

Sonntag. 10-11 Uhr. Familien-Vorstellung.

Lustspielhaus. 8 Uhr. Liebe auf dem zweiten Blick.

CASINO-THEATER. 8 1/2 Uhr. Wieder ein neuer Schlager. Der wahre Jakob.

Bacharach am Rhein. 8 1/2 Uhr. Als Genossen empfehlen Zimmer mit Frühstück 2,50-3,75 M.

Kleines Theat. Merkur 1024. Täglich 8 1/2 Uhr. Madame hat Ausgang.

Theater L. d. Behrenstr. 53-54. 8 1/2 Uhr. Vater sein, dagegen sehr.

Operettenhaus. Alte Jakobstr. 30/32. Täglich 8 1/2 Uhr. Die Fledermaus.

Die goldne Meisterin. Große Ausstattungs-Operette mit der Musik von Edmund Eysler im Rose-Theater.

Reichshallen-Theater. Abends 8 1/2 Sonntag nachm. 2. Steffiner-Sänger. Das herrliche März-Programm.

Reichshallen-Theater. Abends 8 1/2 Sonntag nachm. 2. Steffiner-Sänger. Das herrliche März-Programm.

Reichshallen-Theater. Abends 8 1/2 Sonntag nachm. 2. Steffiner-Sänger. Das herrliche März-Programm.

Reichshallen-Theater. Abends 8 1/2 Sonntag nachm. 2. Steffiner-Sänger. Das herrliche März-Programm.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Bekanntmachung. III. Satzungsänderung der Jahressitzung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung der Jungmännerabteilung.

Verkaufe. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke, Wäsche usw.